

Erstpreis täglich
 unentgeltlich mit dem Anzeigen-
 Abonnement und Belegzettel

Belegzettel
 monatlich 50 Pf. frei im Haus,
 durch die Post einschickend
 1.25 Mark monatlich

„Die Neue Welt“
 (Anzeigenpreisliste),
 monatlich 10 Pfennig.

Schriftleitung:
 Burgstr. 44/46, Halle-Merseburg 200
 Anzeigenannahme: nachmittags von
 12-1 Uhr mittags.

Sozialistische Welt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld,
 Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebneroda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Anzeigengebühr
 beträgt für die 6 Spalten
 30 Pf. für monatliche An-
 zeigen bis 100 Zeilen unter
 dem Drucke bis 10 Pf.

Anzeigen
 für die halbe Nummer
 unentgeltlich bis zur
 10. Zeile, darüber hinaus
 10 Pf. pro Zeile

Hauptgeschäftsstelle:
 Burgstr. 44/46, Halle-Merseburg 200
 Druck: nachmittags von
 12-1 Uhr mittags.

Alar zum Gefecht!

Landtagsabgeordneter Genosse S i r i c h schreibt uns:
 Die Parteien haben ihre Vorbereitungen zu den Neuwahlen zum preussischen Dreiklassenhaus getroffen. Der Wahlkampf hat eingesetzt, die Kandidaten sind aufgestellt und in wenigen Tagen schon wird es sich zeigen, welches Ansehen das neue Parlament tragen wird.

Groß werden die Erwartungen nicht sein. Voraussichtlich wird die Sozialdemokratie aus eigener Kraft einige Mandate zu ihrem alten Bestande hinzuerlangen; zwischen den bürgerlichen Parteien werden hier und da kleine Verstärkungen einströmen, aber im großen Ganzen wird alles beim Alten bleiben. Weder wird es gelingen, den Konservativen eine nennenswerte Schwächung beizubringen, noch wird es möglich sein, die Herrschaft des schwarz-blauen Blods zu erschüttern.

Die Schuld an diesem besagten vorläufigen Resultat trägt die bürgerliche Klasse, die zwar in geschwelligem Wahlschreien gegen die konservativ-heraldische Mehrheit vom Ober nicht, aber seinen Finger rührt, deren Einfluß zu brechen. Dieser noch ein Dutzend Reaktionsäre mehr als auch nur einen einzigen Sozialdemokraten! Dieser noch ein Dutzend Wahlrechtsfeinde als auch nur einen einzigen Wahlrechtsfreund! Das ist das Leitmotiv derer um Friedberg nicht minder als derer um W i e m e r, von diesem Gesichtspunkt haben sich Nationalliberale und Fortschrittler bei ihrer Taktik leiten lassen.

Auf dem Papier nimmt es sich wunderschön aus, wenn der Wahlspruch der Fortschrittlichen Volkspartei auf die großen Gefahren aufmerksam macht, die jede Unterstützung einer konservativen Wahl in sich birgt. Aber mit Nebenarbeiten allein ist es nicht getan. Das preussische Volk will Taten sehen, und gerade die läßt der Fortschrittler vermissen. Was nützt es, in dem Wahlspruch über den Freiheits- und Fortschrittsfeindlichen Geist zu wehklagen, der seit Jahrzehnten die preussische Gesetzgebung beherrscht? Was nützt es, auf die Notwendigkeit einer Veränderung des Bundes in Preußen und einer freizeichlichen Ausgestaltung des Staatswesens hinzuweisen, wenn man am Anfang mit dem gemeinsamen Marschieren, die das gleiche Ziel erstreben, sich mit Freiheitsfeinden oder ungewissen Kantonisten vermischt?

Eine Veränderung des politischen Bundes in Preußen ist nur möglich nach Beseitigung des Dreiklassenwahlsystems. Deshalb wäre es ein Gebot politischer Klugheit gewesen, wenn alle wirklichen Wahlrechtsfeinde, unbeschadet der sonst zwischen ihnen bestehenden Gegensätze, eine geschlossene Front gegen die Rechte gebildet hätten. Zum mindesten aber wäre ein taktisches Zusammengehen zwischen den Fortschrittlichen und Sozialdemokraten am Platze gewesen. Die Sozialdemokratie hat die Hand dazu geboten, der Fortschritt jedoch empfindet es als eine beliebige Zumutung, wenn man von ihm das Eintreten für eine der wichtigsten Forderungen seines Programms verlangt.

Das Wahlbündnis, das die Fortschrittliche Volkspartei mit den Nationalliberalen eingegangen ist, ist ein schwerer Fehler, der sich bitter am Liberalismus rächen wird. Gerade in der brennendsten innerpolitischen Frage nicht nur Preußens, sondern Deutschlands gehen die Wege der „Rechtsfeinde“ auseinander. Die Fortschrittlichen haben ihre Hebertätigkeit des Reichstagswahlrechts auf Preußen auf ihre Fahne geschrieben, die Nationalliberalen begnügen sich mit einer „maßvollen“ Reform des Dreiklassenwahlrechts; sie lehnen, wie sie in ihrem Wahlspruch von neuem betonen, die Einführung des gleichen Wahlrechts entschieden ab und verlangen direkte und geheime Stimmabgabe sowie die Beseitigung der Dreiteilung in den Wahlbezirken. Die Fortschrittlichen treten ein für eine den Bevölkerungsverhältnissen entsprechende Neueinteilung der Wahlkreise, die Nationalliberalen bevorzugen die „rein mechanische“ Einteilung der Wahlkreise nach der Volkszahl und verlangen bei ihrer Vorgehensweise die Berücksichtigung von Land und Leuten.“ Das sind unüberbrückbare Gegensätze, und deshalb kann es nur zweierlei geben: entweder ist das Bündnis nicht erheblich gemeint oder es ist dem Fortschritt nicht ernst mit seinem Wahlrechtskampf. Wie negen der letzteren Ansicht zu sein und wie werden darin beharrt, durch den Verlust des Wahlbündnisses, wodurch sich beide Parteien verpflichten, mit keiner anderen Partei eine Zustimmung der beiderseitigen Parteileitungen in irgendwelche Wahlabschlüsse zu treffen. Diese Bestimmung richtet sich gegen die Sozialdemokratie, deren Bestimmung ja auch auf dem jüngst in Hannover abgeschlossenen nationalliberalen Parteitag als notwendig betont wurde.

Was wird die Folge dieser unnatürlichen Bundesbrüderlichkeit sein? Die nicht ganz unbedeutliche Anzahl von Wahlkreisen mit zwei und drei Abgeordneten, die durch ein Zusammengehen von Fortschritt und Sozialdemokratie der Reaktion entrissen werden könnten, in denen aber die bereinigten Liberalen gegen die Reaktion nicht aufkommen vermögen, werden den Konservativen und dem Zentrum erhalten bleiben. Andere Kreise, in denen die Sozialdemokraten den Aufstieg geben, werden den Fortschrittlichen nicht zufallen. Genügt ist das ein besagtes Ergebnis, aber es ließe, von den Sozialdemokraten die besten menschlichen Leistungen, wollte man ihnen zumuten, für diese Leute, die sie so schäme zurückgewiesen und die sich mit nationalliberalen Schatzmachern verbunden haben, die Kasernen aus dem Feuer zu holen.

Vielleicht läßt sich noch manches gut machen, vielleicht ist das äußerste noch zu vermeiden, sobald erst die Urwahlen hinter uns liegen und das Schicksal sich übersehen läßt. Bedarrt der Fortschritt auch dann noch auf seinem Standpunkte, weigert er sich auch dann noch gegen entsprechende Gegenleistungen der Sozialdemokratie die Mandate abzutreten, die ihr auf Grund ihrer bei den Urwahlen erlangenen Erfolge zustehen, dann trifft ihn und ihn allein die Schuld, wenn die Reaktion nicht geschwächt, sondern sogar noch gestärkt aus dem Kampfe hervorgeht.

Tatsächlich läge es das der liberalen Minderheit ist das Vorgehen der konservativ-heraldischen Mehrheit. Zwar wird das Bestehen eines schwarz-blauen Blods für Preußen bestritten, aber daß er tatsächlich existiert, beweisen nicht nur zahlreiche parlamentarische Vorgänge, sondern viel mehr noch die Vorbereitungen zum Wahlkampf. Die meisten Mandate, so wohl des Zentrums wie der Konservativen, gehören zu deren festem Bestande; und doch, so etwa ein Mandat von links her gefährdet ist, hat man Vorzüge getroffen, die Gefahr abzuwenden. Nicht ohne eine gewisse Berechtigung kann man einwenden, daß dies Bündnis jaquagen noch viel unnatürlicher ist, als das zwischen den Nationalliberalen und den Fortschrittlichen, denn wenn Konservativen und Zentrum auch sonst in den meisten Fragen wie Schwefel und Blei zusammenhalten, so laßt doch in der Wahlrechtsfrage eine tiefe Kluft zwischen ihnen. In dieser Schlüsselfrage kann aber nur der gelangen, der das Zentrum nach seinem papiernen Programm beurteilt; vor sich aber nicht nach seinen Worten, sondern nach seinen Taten richtet, wer sich seines Zusammengehens mit den konservativen Wahlrechtsfeinden bei der Vertretung des vorliegenden Antrages auf Einführung der geheimen und direkten Stimmabgabe erinnert, der wird über die Wahlbündnis nicht erlaucht sein. Zudem ist ja auch der Wahlspruch des Zentrums in dem entscheidenden Punkte so gehalten, daß kein konservativer Mann daran Anstoß nehmen dürfte. Sein Wort von der Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen, sein Wort gegen die öffentliche Stimmabgabe, sondern lediglich das Verprechen, in der gleichen Richtung wie im Jahre 1910 für eine „Verbesserung“ des Wahlrechts einzutreten, d. h. nur solchen Reformen zuzustimmen, denen auch die Konservativen ihren Segen erteilen können.

So ist denn die Sozialdemokratie, wie so oft, auch diesmal wieder auf sich allein angewiesen. Die Sozialdemokratie ist auch die einzige Partei, die den Wahlkampf unter dem Gesichtspunkte des Wahlrechtskampfes führt. Und deshalb wird der Kampf, mag auch die Zusammenfassung des Abgeordnetenhauses davon nur unbedeutend beeinflusst werden, doch nicht vergeblich gewesen sein. Der Kampf gegen das elende Dreiklassenwahlrecht wird nur belebt, und neue W i k t e r i e r für die Befreiung Preußens werden gewonnen werden.

Politische Ueberblick.

Halle (Saale), den 6. Mai 1913.

Hungerpolitik und Nahrungsgesetz.

Die Prekerörterungen über die Teuerung, die im Vorjahre einen so heftigen Charakter trugen, sind in den letzten Monaten fast völlig eingeschlafen, und es könnte danach fast scheinen, als ob es sich tatsächlich nur um eine vorübergehende Erscheinung gehandelt habe. Tatsächlich liegt die Sache trotz aller Teuerungsausnahmen, Kommissionen und Unterredungen heute noch trostloser als vor einem Jahre. Man hat mit der Einführung von besonderer Untersuchungskommissionen die Öffentlichkeit lediglich bewußt, zur Beseitigung des Uebelstandes selbst hat man jedoch nichts getan. Auf Grund der Lebensmittelpreissteigerung für den Monat März 1913 berechneten sich die Kosten des Nahrungsmittelkonsums einer vierköpfigen Familie, Eltern und zwei Kinder, pro Woche auf 23,83 Mk. Im Vergleich zum Vormonat ergibt sich eine leichte Abminderung um 0,93 Mk. Gegen das Vorjahr sind die Aushaltungskosten um 0,83 Mk. und gegen März 1911 sogar um 2,28 Mk. im Reichsbuchsdurchschnitt gestiegen. In Großherlin liegt der Lebensstandard seit 1911 von 23,19 auf 24,72 Mk., in der Provinz Sachsen von 24,38 auf 26,69 Mk. Für die außerpreussischen Gebiete ergaben sich im Monat März folgende Zuberziffern in Mark: 1911 1912 1913

Bayern	23,44	25,50	26,25
Preußen	22,67	24,81	25,65
Württemberg	23,84	24,72	25,39
Hessen	25,80	26,74	27,10
Sachsen	24,11	24,75	26,47
Schlesien	23,67	26,04	26,58
Südwestfalen	24,98	27,16	27,82

Diese Ziffern zeigen zur Genüge, daß die Teuerung in unerminderter Stärke in ganz Deutschland fortbesteht. Freilich sucht man die Hilfe der ärmeren Volksschichten nach billigerem Brot und Fleisch durch Kriegsgelderei und Steuerpropaganda zu überwinden.

Ein tolles konservatives Wahlmanöver.

Die Wahl des „starken Mannes“, Jordan v. Krüder, im Reichstagswahlkreis Südwestfalen-Gardelagen ist bei den Konservativen für unglücklich erklärt worden. Nun wird gemeinhin, daß der Bund der Landwirte im Einverständnis mit dem Vorstand der konservativen Organisation beschlossen habe, Krüder

wieder aufzustellen, daneben aber den Untersieger Schulz landwärtig zu lassen und den konservativen Wählern freigestellen, für welchen der beiden Kandidaten sie stimmen wollen. Die Wolt erklärt hierzu aus deutsch-konservativen Kreisen, die ungenügend amnestische Auffassung zu einer Reichstagslandtagswahl ist auf augenblicklich vorliegende ästhetische Wertung und die politische zurückzuführen und bedeuere noch keine endgültige Lösung der Kandidatenfrage.“ Das ganze Manöver wird seinen anderen Zweck haben, als unter allen Umständen die lächerlichen Wähler von der Kandidatur des liberalen Bauernbündlers Böhm abzuweichen und so unter Umständen die beiden konservativen Kandidaten miteinander in Stichwahl zu bringen. Dann würde der eine zugunsten des anderen bezwungen, und der Kreis bliebe in konservativen Händen. Man sehe sich die Zahlen von 1912 an. Damals erhielten Stimmen: Krüder 12 073, Dr. Böhm (liberaler Bauernbündler) 10 371, Koch (Soz.) 2407, Stichwahl: Krüder 18 468, Böhm 18 144. Da der Kreis rein agrarisch ist, und die Wählerstimmen durchaus bäuerlichen Charakters sind, so ist es klar, daß das tolle Manöver mit den zwei konservativ-agrarischen Kandidaten die Wählerstimmen gesplittet und herabdrücken soll.

Das ist nun das seltsame herkömmliche Junterum unter dem gleichen Wahlspruch! Es kann nur noch durch Wahlrechtserneuerung in Ostpreußen und durch gewisse Teile in westpreussischen Kreisen ein paar arbeitsfähige Mandate freigemacht werden. Unter dem schamhaften Dreiklassenrecht gerät nicht blüht und gedeiht es. Es wird Zeit, daß man seinen Dreiklassenprivilegien energig abtue. Der Tag der Eroberung des glücklichen Wahlrechts in Preußen ist das Ende der Junkerherrschaft in Deutschland!

Die Junter auf dem Stimmensaufse.

Ein schmächtlicher konservativer Bestechungsversuch bei Sozialdemokraten.

Wald nach dem letzten Reichstagswahlmanöver in Ostpreußen das Gerücht auf, daß die Deutsch-konservativen im Kreise Wittenberg den Versuch gemacht haben, die Stimmen der Sozialdemokraten bei der Stichwahl durch Geldangebote zu erkaufen. Die Konservativen leugneten stramm — wie immer, aber der Antrag geht so lange zum Wasser, bis er bricht! Jetzt ist nämlich die Volkswacht in der Lage, die beiden Schriftstücke abzurufen, die der Vorsitzende der Ortsgruppe der deutsch-konservativen Partei, Malmeier, dem Sozialdemokraten, den am 1. Mai verstorbenen Genossen Alie in Wagwitz, gelangt hat. Die überaus gratulierenden Schreiben haben folgenden Inhalt:

I.

Wittenberg, d. 18. Januar 1913.
 Wertter Herr Alie! Angelegte Ermüdung gehört nur zu sein. Bitte zu niemandem darüber etwas zu äußern, was meinerseits ebenso genau befolgt wird. Wäre es Ihnen möglich, mich heute abend um 6 Uhr aufzusuchen? Sagen Sie bitte dem Woten nur ja oder nein.
 Besten Gruß
 E. Weymann.

II.

Wenn der konservativen Kandidat Herr Erich Schäffer zum Reichstagswahlkreis am Sonnabend, den 20. Januar, um 6 Uhr abends, sich in einem Herrn Landwirt Alie, Wohnhaft in Wagwitz, ohne Bezugnahme auf irgendeine Partei (!) nach erfolgter Wahl und Rückgabe dieses Schreibens sofort 500 Mark in Worten: fünf hundert Mark!

Zur Aufklärung des Vertriebes ist folgendes bemerkt: In dem kleinen Wahlkreise Wittenberg erhielt am 12. Januar der Reichstagswahlkreis 4008, der konservativen Schäffer 3888, der Sozialdemokrat Bohner 2462 und ein Zentrumskandidat 1997 Stimmen. Die Entscheidung fand auf des Weyfers Ebene. Genosse Alie legte als ehrlicher Mensch sofort den Kandidaten unserer Partei von dem Bestechungsversuche in Kenntnis; es wurde Vorfrage getroffen, daß der schamhafte Plan vereitelt wurde — Kopfschütteln. Da es aber klar war, daß der konservativen Vorsitzende Benmann nicht gesonnen und nicht in der Lage war, die 500 Mk. aus der eigenen Tasche zu opfern, und da sich Alie durch das ihm abgenommene Wort gebunden fühlte, hat er zu meinen Begehren die Schriftstücke still verwahrt, jedoch dafür gesorgt, daß der häßliche Streich nach seinem Tode dokumentarisch belegt wurde. Genosse Alie ist am 1. Mai gestorben. Die Schriftstücke befinden sich in meinen Händen. Da die konservativen die Wahl Kopfschütteln wegen — Unregelmäßigkeiten angefochten haben (der Gipfel der Dreiklassenheit!), bekommt Herr Benmann vielleicht Gelegenheit, seine Stimmereimung zu nennen, jene sonst so weisen Selbsterleider, die sich hier wie anderwärts hinter den Kulissen berbergen.

Ein Veteran des Liberalismus gestorben.

Am Sonntag ist der frühere reichstagsabgeordnete Karl Schröder im Alter von 79 Jahren gestorben. Er hatte vor einigen Tagen noch an der Berliner Trauerfeier für Roth teilgenommen, war dann nach Lübeck gereist und erkrankt zurückgekehrt. Jetzt ist er einer Lungenerkrankung erlegen.
 Karl Schröder war Braunschweiger. Er gehörte früher der braunschweigischen Eisenbahneraktion an, trat 1873 in die Freiwirtschaft der Reichstagsabgeordneten ein; seit 1888 wirkte er als ausführender der Politik. 1881 zum ersten Male für den ersten braunschweigischen Wahlkreis in den Reichstag gewählt, vertrat er später Danzig, Landsberg

Soldat und zuletzt Dessau-Jerich. Bei der letzten Wahl landbizierte er nicht mehr; es mag sein, daß ihm, der wiederholt durch die wachsende Sozialdemokratie aus der Schwadron und damit aus seinen Kreisen verdrängt wurde, eine Wiederwahl in Dessau-Jerich ausdiesfalls erschien (wie es ja auch der Fall war), aber auch das hohe Alter veranlaßte ihn, von der politischen Schachbühne abzutreten.

Schröder schloß anfangs der liberalen Vereinigung, einem abgeklärteren linken Flügel der National-liberalen, an. Er machte die Fufion in der Fortschrittspartei im Jahre 1884 mit, und als die Fortschrittspartei im Jahre 1898 wieder in die freisinnige Volkspartei und in die freisinnige Vereinigung zerfiel, blieb er bei der freisinnigen Vereinigung, in der er bald eine führende Stellung einnahm. Schröder gehörte trotz seiner nationalen Nüchternheitswörter zu den Männern, die liberalen Geist nie verleugnet haben. Der Wilton-Vloed im Jahre 1907, der die freisinnigen an die Seite der Junker führte, war ihm recht fatal. In dieser Hinsicht stand er ganz auf dem Boden Theodor Barth's, nur daß er nicht, wie Barth, die Konsequenzen aus seiner Beurteilung des Hochpakt's zog. Am April 1907 hielt er als Vorsitzender der freisinnigen Vereinigung auf dem Delegiertenkongreß der liberalen Gruppe einen Vortrag, in dem er offen erklärte, es sei seine Ansicht vorhanden, daß durch den „nationalen Vloed“ der Liberalismus irgendwelchen Nutzen haben werde. Durch die Niederlage der Sozialdemokraten (1907) habe die linke Seite im Reichstage eine wesentliche Schwächung erfahren, und schon deswegen sei für liberale Forderungen wenig Hoffnung vorhanden. Er für seine Zeit wie die freisinnige Vereinigung in ihrer Gesamtheit hätten auch den Wahlkampf nicht wie die anderen Vloedbrüder einseitig gegen die Sozialdemokratie geführt, sie hätten es abgesehen, sich als Regierungskandidaten aufzustellen, und ihre Hauptansprüche gegen die Konfessionen gerichtet. — Diesen damals geäußerten Grund-sätzen ist Schröder bis an sein Lebensende fest geblieben.

Der Liberalismus verlor an Schröder einen seiner achtungswürdigsten Vertreter. Unter den Lebigen lebenden ist kaum einer mehr, der sich der Erwähnung lohnt.

Das „Attentat“ und die Verriähttheit.

Unter Alie r e i berichteten wir gestern von der Abreise eines Geisteskranken, der sich in Mannheim auf das Trittbret des großprojektierten badischen Wagens schwang und eine Mitschrit in der Hand und ein stumpfes Zirkelnmesserchen in der Tasche hatte. Was wir sagten, ist prompt eingetruen; das „Attentat“ wird zur Dege gegen die Sozialdemokratie verwendet. Zunächst die Tatsachen. Am 1. März gemeldet, daß es sich bei dem besagten Jung um einen geistig unheimlich merkwürdigen Menschen handelt. Jung ist ein junger Arbeiter. Er hand unter der Aufsicht des Vereins für Trinkerforschung. Dort wurde er lange Zeit auf der Universitätsklinik in der Abteilung für Deliriumtrank behandelt. Im verfloßenen Jahre besuchte er in Mannheim in einem Anfälle von Trinkerwahnsinn seine Frau und seine sieben Kinder aus dem Fenster zu werfen. Dieser Vorwurf konnte jedoch verbündet werden. Jung wurde daraufhin im Krankenhaus zu Mannheim auf seinen Gesundheitszustand untersucht. Die Ärzte hielten ihn für einen leicht erregbaren, unzurechnungsfähigen Menschen. Die Familie Jung, Frau und sieben Kinder — das acht Kind wird erwartet — befinden sich in größter Not. Jung erlitt seinerzeit einen Anfall einer Erwa, von welcher Zeit ab er geistig unheilbar ist. Vor dem Vorfall hatte der Mann zehn Glas Bier getrunken.

Daß der Delirant für zum „Anarchisten“ getrieben wurde, ist die übliche tödliche Gemeinheit der vornehmen nationalen Presse. Aber die Post und die Kreuzzeitung versuchen auch, aus der heillosen Aberration für ihre fiskalischen Pläne Kapital zu schlagen. Es paßt dieser beiden Blättern gar nicht, daß der „Attentäter“ ein kranker Mann ist, sie möchten ihn gern zu einer politischen Persönlichkeit stempeln. Die Post erinnert an Gerichte über die Vorbereitung irgendeines Anfalls, die vorige Woche am Rhein zirkulierten, und sucht damit einen gewissen politischen Hintergrund herzustellen. Man merkt ihr an, daß es ihr lieb wäre, wenn festgestellt werden könnte, der Mann gehöre einer „Anarchistenbande“ an. Und die Kreuzzeitung erklärt mit frecher Unverschämtheit, der Täter ist „Anarchist“, das steht bereits fest. Die Verantwortung für dergartige Verbrechen fällt aber nicht nur dem internationalen Anarchismus zu, die Es gibt ja auch lokale und die Post macht heute gerade über den Boden vor.“ Daß das Verbrechen im Bande des Großprojekts passiert ist, will zwar die Kreuzzeitung nicht direkt dem Großprojek zur Last legen, aber: „Steter Tropfen höhlt den Stein, und das sozialdemokratische

Gift fällt gerade in den Köpfen von Leuten geistiger Minderwertigkeit auf fruchtbaren Boden.“ Reht nur noch, daß die Kreuzzeitung ihre Forderung auf ein Ausnahmefolge gegen die Sozialdemokratie sofort formuliert. Bei diesen geistig Minderwertigen ist das bekanntlich das einzige und letzte Mittel politischer Weisheit. Aber diesmal ist man darüber!

Fransösisch und deutsche Rekrutierungen.

Unter dem Titel Die Sprache der Zahlen stellt Major K o f f e l in der Quantität die Entwicklung des Rekrutierungsgebietes beider Länder zusammen. Es wurden Anaben geboren:

Table with 2 columns: Year, Deutsches Reich, Frankreich. Rows for 1875, 1891, 1900.

Auf 100 neugeborene französische Anaben kamen also im Jahre 1875 schon 179, im Jahre 1909 aber 253 deutsche. Entsprechend gestaltet sich das Verhältnis der Aushebungszahlen. Es kamen zur Musterung:

Table with 2 columns: Year, Deutsches Reich, Frankreich. Rows for 1875, 1891, 1901, 1911, 1929 berechnet er.

Also eine ständige Steigerung bis um 57 Proz. von 1875 bis 1911 im Deutschen Reich, dem nach anfänglichem Steigen ein Rückgang und insgesamt in 36 Jahren eine Zunahme um 2 Proz. in Frankreich gegenübersteht. 1929 wurde Frankreich nur noch 45 Proz. der deutschen Rekrutenzahl muster können! 1875 kamen auf 100 französische Rekruten 119 deutsche, 1911 188, 1929 werden es 215 sein.

Welche Folgerung ergibt sich daraus? Zunächst, daß Frankreich, ganz abgesehen von allen sonstigen läßlichen Folgen der Dienstverlängerung darin nur ein vorübergehendes Hilfsmittel leben könnte und notwendig später zu einer vier- um fünfjährigen Dienstzeit übergehen müßte, was unbedingt notwendig ist. Frankreich muß auf dem Gebiete der Zahlenkonkurrenz das Rennen aufgeben. Das einzige Rettungsmittel, solange die allgemeine Abwärtung nicht durchgeföhrt ist, ist eine Änderung des Wehrsystems: die „bewaffnete Nation“, d. h. die Volkswehr; jeder Mann wehrtauglich ausgebildet, jederzeit marschbereit, ein Heer, das zu keinem Angriff, Eroberungs- oder Revandierkrieg zu brauchen ist. Aber das wollen die maßgebenden militärischen und Regierungskreise nicht. Mehr als den Landesdienst fürchten sie das eigene Volk. Darum geht das Betreten auf dem toten Gleise weiter, sofern das Volk sich den verwerdlichen Wahnsinn weiter gefallen läßt und nicht auf beiden Seiten der Grenzspalte durch Ablehnung der neuen Belastungen und energische Forderung grundsätzlicher Reformen die Militärkonkurrenz und ihre profitoristische Patriotensipflichkeit niederringt.

Deutsches Reich.

— Jalgens für Postbeamte. Im Reichspostamt ist eine Novelle zum Reichsbesoldungsgefeß fertiggestellt worden, die vom 1. Oktober d. J. ab Gehaltsaufbesserungen für mittlere Postbeamte vorseht. Außerdem soll dieselbe Novelle eine Verbesserung der Besoldung des Marine- und der unteren Beamten der Reichseisenbahnen bringen.

— Im sogenannten preussischen Verrenthaus stand am Montag das Beben mit Einführung des elektrischen Seils auf den Berliner Stadt-, Ring- und Vorortbahnen zur Beratung. In der Debatte wurde allgemein lebhaftest Vertriebung darüber geäußert, daß die Tarife erhöht werden. Für Versteuerungen hat man im „Verrenthaus“ lebhaftest Empathie, so lange es sich nicht um eine Veranlagung der Steuerlage für den Großhandwerk handelt. Ein Widerspruch gegen die Vorlage erhob sich nicht. Wertwirdig ist, daß einige Redner darunter auch der Eisenbahnminister, von der Gefahr einer Sabotierung der Stromerzeugung im Falle eines Ausfalls des Seils sprachen. Man wird doch nicht etwa annehmen dürfen, daß gewisse maßgebende Personen ein so schlechtes Gewissen haben, denn die deutsche Arbeiterbewegung gibt keinen Anlaß zu der Annahme, daß sie zur Sabotage greifen könnte. Eigenartig ist, daß der Oberbürgermeister von Berlin, Herr Bermuth, sein Wort gegen die bevorstehende Tarifserhöhung fand; das hätte man doch von den Vertretern Berlins erwarten müssen. Die Vorlage wurde einstimmig angenommen.

— Grabener freit drei Regimente! Der internationalen Reichsbahn fordert in einem Reklamé über die inoffizielle Lage der Reichsbahn des Reiches. Der Abtritt der drei Kavallerieregimenter von der Militärvorlage geht ihm wieder

den Strich. Er macht dafür den schwachen Bundesbruder der Konventionen Matthis, Erberger, verantwortlich. Der Matthis schreibt über dieses wichtige Reichsamtliche:

Ausgeredet Herr Matthis Esberger, dieser zwar recht fleißige, aber darum keineswegs außergewöhnlich begabte „Politiker“ aus Buntzenhausen, der nach einer für die Rolle, die er heute im Reichstage zu spielen sich anmaßt, wirklich mehr als mangelhafte Vorbildung, viel zu frühzeitig durch die Welt hoch gelobter geistlicher Oberen es zu überleben und Ansehen in der Zentrumskirche brachte, der aber von einer wirklich großzügigen staatsmännlichen Auffassung der Politik ebenso weit entfernt ist, wie Buntzenhausen davon, das Zentrum des geistlichen Lebens in Deutschland zu sein, dieser Herr Esberger, der nach der Vertagung des Reichstags und des Plottenkongress nur so zögerte von vaterländischer Begeisterung, er muß durch den Abtritt der drei Kavallerieregimenter die ganze Wehrvorlage aufs schwerste gefährdet! Denn darum handelt es sich.

Na, ja, was ist doch das Folgericht von Buntzenhausen auf ein mächtiges Reich? Er freit drei Kavallerieregimenter mit seinem Raute. — Es ist immer interessant, wenn sich die (schwarzen) Brüder gegenseitig ein bißchen abtuen.

Portugal.

Zu der „Verdringung“ in Lisbon. Eima 100 Offiziere, Unteroffiziere und Zivilisten, die wegen der letzten Vorgänge festgenommen worden waren, sind auf dem als Dampfer benutzten Postdampfer Cabo Verde nach Angola (Luena) eingeschifft worden, wo sie abgetrennt werden sollen. Andere deren Schuld noch nicht festgestellt, werden in Lisbon, wo sie nun verhaften sind, der Achtung gelangen ge- werden sollen. Unter ihnen befinden sich die Kapitäne Cezejo und Carrageza Andrade.

China.

Wachsende Verwirrung. Nach einer Meldung der Daily Mail aus Peking ist die Lage „sehr kritisch“, da die erste Rate der fünf Mächte nicht bezahlt wurde. Die Regierung droht mit anderen Anteilen in Unterhandlungen zu treten, wenn die Bedingungen nicht prompt ingehalten werden. Man glaubt, daß Zwangsenteile innerhalb der fünf Mächtegruppe ein Zusammengehen unmöglich machen. Man ist der Ansicht, daß die chinesische Diplomatie alles getan habe, um die Lage zu einer recht verworrenen zu machen.

Der Korrespondent des Daily Telegraph weist auf die wachsende Unzufriedenheit der Provinzen hin, die zweifellos nicht ihre Zustimmung zur Veranweisung der Einnahmen aus den Salzkösten für die wirtschaftlich gegen den Protekt eingegangenen Anleiheverpflichtungen der Provinzregierung geben würden. Sichen Provinzräte hätten bereits ihre Zustimmung zu der sich abzeichnenden Haltung des Pekingern Gemas erklärt. Immerhin gete ein Kompromiß nicht als unmöglich.

Kleine Auslandsnachrichten.

Der argentinische Reichstag trat am Montag in Budapest wieder zusammen. Die Opposition blieb fern. Die Sitzung selbst hatte weiter keine Bedeutung. Es wurden nur die beiden Vizepräsidenten gewählt und eine Anzahl Auswägige ernannt. — Die Nationalversammlung für den Südpolarkreis bewilligte das norwegische Parlament einstimmig ein Jahresgehalt von 6000 Kronen. — Der amerikanische Appellationsgerichtshof hat das Gerichtsamt aufgehoben, das Samuel Compers, Frank Morrison und John Michel, die Führer des amerikanischen Gewerkschaftsbundes der Wahrung des Gerichtes schuldig sprach. Die Strafe wurde demgemäß ermäßigt.

Nach der Partei.

Die Reaktion in Baden.

Die badische Regierung hat die Arbeiterdemonstration des 1. Mai benützt, um das Vereins- und Verfallungsrecht zum Teil nach preussischer Methode durchzuführen. Baden hat bekanntlich dem neuen Reichsrecht ein großes Stück seiner bisherigen Freiheit opfern müssen. Im Landtag tröstete aber der Minister von Bodman die Opposition mit dem Versprechen, daß unter dem neuen Recht keine Einschränkungen erfolgen würden. Nachdem kürzlich in Karlsruhe eine Versammlung, worin der Abgeordnete Gensse Kohn das Merkmal hielt, politisch illemaximal worden war, entschieden sich der Minister der Arbeit ebenfalls am 1. Mai folgendes in einem zur Arbeiterbewegung und ein Landesprogramm, um die Rede der Genossin Clara Petzin aufzusagen. Am anderen Tage brachte die nationalliberale Badische Landesregierung einen Artikel, worin sie der politischen Arbeiterbewegung

Die Getreidebörse.

Eine Geschichte aus Ostlag von Frank Norris.

(Schluß.)

„Oh“, sagte Admin, als Laura den Brief rasch zusammenfaltete, Corbell — dieser Maler! Was ist denn übrigens aus ihm geworden?“

Laura wachte einen Kamm in ihrem Haare zurück. „Er ist fortgegangen von hier“, antwortete sie. „Du weißt doch — ich habe dir's gesagt — ich hab dir's alle gesagt.“

Sie wollte das Gesicht abwenden, aber er legte die Hand auf ihre Schulter. „Du weißt von nichts“, sagte er und sah ihr mit seinen Blick in die Augen, „ich weiß von gar nichts — nur eines weiß ich, daß mich der Teufel führt für alles und jedes, und die Sache dir einmal — vor langer Zeit — daß ich verheiratet. Und ich verheiratete jetzt, Alie, ich verheiratete mich als ich zu war. Ich glaube, wir hatten unser Leben von einer falschen Auffassung der Dinge ausgehend eingeleitet. Damals, als wir uns heirateten, da machten wir einen guten Anfang, aber ich kam — ich weiß nicht wie — davon ab und hab dich mit mir gezogen. Aber nun haben wir beide eine große, eine sehr große Verbindung durchgemacht, lieblich, eine solofale Werbung, und wir beginnen ganz von neuem... Horch, das ist der Wagen, lass' ihn ab.“

Sie standen auf und griffen nach ihren Handtaschen. „Hoch!“ rief Admin. „Jetzt sind keine Diener da, Laura, die uns die Sachen herumtragen und die Tür aufmachen, und es ist eine Droschke, Alie, anstatt der Victoria oder des Coupés.“

„Und wenn ich?“ rief sie. „Was bedeuten uns jetzt solche Sachen wie Diener, Geld und dergleichen?“

Als Admin sich Bemd auf den Kopf des Droschkers setzte, feste er plötzlich seine Reifeleiste nieder und legte den Arm um seine Frau. Sie nahm ihn um den Hals und blühte ihm lange tief in die Augen. Worlos lüchelte sie einander. Draußen auf der Vorfahrt spannte er den Schirm auf und hielt ihn über ihren Kopf. „Sollte ich heute die Hand, sag die Droschke zu und verabschiede sie. Das Geräusch wachte einen dumpfen Wehrhall in der Neben der leeren, laßten Zimmer. Admin ließ den Schirm in seine Tasche gleiten. „Komm“, sagte er.

Sie traten in den Vorgarten. Es war schon dunkel. Der Regen fiel in schrägen Strichen durch die Büsche, kühlte Luft. Im Hof, auf der anderen Seite der Straße, bewegten schon die ersten Blätter zu schellen. Der Eisenplatter leiste gegen die Steine der Kaimauer, und ein verpakteter Korbakker glitt auf dem Asphalt so leutlos wie der Flügelaklag einer Alcedon vorbei; seine Laterne warf einen Kegel matten, orangenfarbenen Lichtes in das Dunkel der Regenacht. Der Aufsteiger des auf der Straße vor dem Hause haltenden Wagens flatterte vom Kopf herunter und öffnete den Schirm. Admin half Laura beim Einsteigen, sagte dem Kutscher, wie sie selbst ein und warf die Tür hinter sich zu. Sie hörten, wie der Kutscher auf seinen Sitz stieg und mit den Pferden sprach.

„Nun“, sagte Admin und wachte die angelegenen Reifeleisten ab, „heh dir das Haus noch einmal an, Laura. Du wirst es nie wieder sehen.“

Aber sie wollte nicht. „Nein, nein, ich will dich ansehen, Liebster, und auf unsern Zukunft will ich hinblicken, die glücklicher werden soll als all die Jahre vorher.“

Admin antwortete nur damit, daß er ihre Hand in die seine nahm. Schwermütig stellten sie durch die Stadt, dem Eisenbahnweg zu, der sie einem neuen Leben entgegenführen sollte. Ein Zeitraum in dem Dasein eines jeden von ihnen war zu einem endgültigen Abschlusse gekommen. Der große Corner gehörte der Vergangenheit an, der große Corner mit all dem Unheil, das sein Zusammenbruch verurteilt hatte. Der große Vorkont hat kleinere Ventrisen beschleunigt und deren Zusammenstößen eine Rima nach der anderen zu Fall gebracht. Noch wochenlang folgten diese Straße, einander ununterbrochen; es war, als ob ganze Reichen untermeerter Gebäude ins Wanken geraten und präsiend und lachend in Zimmer kürzten. Eine große Zahl hatte ihre Zahlungen eingestrichelt, und Hunderte von Einzahlern sahen, wie ihre letzten Vermögen weggeschleppt wurden. Die Katastrophe hatte eine ungläubliche Ausdehnung angenommen. Handel und Wandel war in ganz andere Bahnen gelenkt worden. Geld war wieder knapp, Kredit wurde nicht gegeben. Die Geschäftswelt begann wieder einmal von schweren Zeiten zu reden. Doch Laura wollte nicht zugeben, daß ihr Mann irgendeine so tobeln war. Er hatte zuviel gelitten. Number und immer wiederholte sie sich diese Worte:

„Der Weizen hat sich selbst geföhrt. Ich hab einfach vor zwei Nagelstücken. Der Weizen hat mich geföhrt, und ich nicht den Weizen.“

Und alle diese Millionen und Millionen Bushel Weizen

waren verschwunden. Der Weizen, der Getreide geöhrt, der Adams Vermögen verschlungen und ihm fast den Restand abgekauft hatte, der Weizen, der die einflussreiche Ertröm ließ zwischen die beiden geträgt, den Gatten von ihrer Getreidern und ihn betnabe in dem brüllenden Strudel der Wüste ertränkt hatte — er wachte jetzt — zwar Tot und Verberben hinter sich lassend, aber den überbüllerten Ländern und Städten Europas Leben und Wohlgelinge bringend, seine titanischen Riesen in den ihnen vorgeschriebenen Bahnen von Westen nach Osten.

Einen Augenblick strömten vier, unlösliche Fragen auf Laura ein. Fragen nach dem Wefen jener die Welt beherrschenden, allen Handel und Wandel regelnden Kräfte des Unbegreiflichen und der Nachtfrage. Warum konnte dieser gewaltige, unvorstellliche Erwärder der Räder nicht frei von allem Leid und ohne all das Elend in seinem Gefolge zum Volke bringen und seine Bestimmung erfüllen?

Sie wachte es nicht. Aber als Laura bestimmet und ratlos nach einer Antwort suchte, gewahrte sie mit einem Male, daß der Stadtkreis, den der Wagen durchfuhr, ihr wohlbekannt war. Sie hatte das merkwürdige Gefühl, daß ein bißchen, die sie hier schon einmal abgeholt hätte, jetzt nicht minder hart wie eben auf sie wirken. Kaich blühte sie zu beiden Seiten durch die beschlagene Wagenfenster.

Sicher, sicher, sie hatte schon einmal von dieser Umgebung einen lebhaften Eindruck empfangen. Mit einem Auszuge auf den Zinnen wandte sie sich ihrem Manne zu; aber Admin huschte gerade bei dem reifen Licht der Wagenlaternen einen tiefen Blick in die Augen. Auf einmal drehte Laura sich um und sah den Mann und hob die Klappe, die über dem Fensterchen in der Rücksitze des Wagens hin, und blühte hinaus. Die in der Ferne scheinbar zusammenlaufenden langen Reihen der Kontrahengebäude zeigten selbst noch jetzt einzelne erleuchtete Fenster. Lieber den Ende der Straße flachte ein langer, schimmernder Weg dieses Streifens hoch sich düster und gewaltig und von keinem Lichtstrahl erhellt ein hochtönendes, moßiges Baumwerk ab.

Und das war der letzte Eindruck an jenem, einem Abstrich in ihrem Leben und bedeutenden Tage, die hohen, grauen Kontorsgebäude, das räumliche Dunkel, der sich die Schimmer am Nachtkimmel, und in ihn hineinragend, das Gebäude der Pröbusturbörse. Dürer, moßig, wie ein einziger angebeugter Steinbild, wie eine Aienförschp mit blinden Augen, stumm und ernst freude es sich dort, gebüllt in dem Schiefer der Regenacht, laut- und leblos auf seinen Grundmauern.

— Ende —

den Erfolg unterließ, es hätte sich die Arbeiterin „einer ungenügenden Jurisdiktion begeben“. Der Volksfreund nennt die Ausführungen dieses Großhändlerorgans „Regeleien“ und „Gassenbudenmanier, die sich nicht schäme, eine im Dienste für eine große Bewegung ergrante Frau mit Schmutz zu besudeln“.

Das große Wort von der „Kulturzerstörung des 20. Jahrhunderts“ hat Herr von Bodman zurückgenommen, daraus können seine bürgerlichen Verbündeten wieder die Leiter der Bewegung annehmen. Der Volksfreund veröffentlicht zwei Entschlüsse des Vorgesitzes in der Sitzung vom 30. April, in welchen der § 17 des Reichsverfassungsgesetzes nachdrücklich den schon genehmigten Maßregeln Schmälerungen bereiten soll. Es wird die Beteiligung von Personen unter 18 Jahren am Festzug und an der Unterhaltung verboten. Auf eigene Vorstellung erhielt der Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins vom 7. Wahlkreis nochmals einen scharf abtönenden Bescheid. Trotzdem nahmen die Kinder an der Feier teil und versahen nur während der Feiern die Abgeordneten des Saal. Man kann auf den gerichtlichen Auszug der Sache gespannt sein, da seit 24 Jahre im Lande Baden unsere Vereine bei allen Parteifällen auch ihre Jugend mitgenommen hatten. So „demokratisiert“ sich der Süden!

Aber die Antwort erfolgt schon!

Mit Baden wird uns berichtet: Der musterhafte Verlauf des Generalstreiks in Belgien hat in der deutschen Parteigenossenschaft großen Eindruck hervorgerufen. Es darf hervorgehoben werden, daß auch in Baden jetzt eine andere Stimmung zum Vorschein eingetreten ist. In seiner mit stürmlichem Beifall aufgenommenen Rede bei der Arbeiterin der Arbeiterklasse zu Mannheim im Jahre 1916, Dr. Frank mit einem begeisterten Hinweis auf den Verlauf des Generalstreiks der belgischen Arbeiter, die damit bewiesen hätten, daß die Arbeiterklasse mündig geworden sei. „Es war in der Weltgeschichte noch nicht da“, sagte der Redner laut Rufstimme, „daß über vierhunderttausend Arbeiter ohne die geringste Ausfertigung in einem zehnjährigen Kampfe ausbarren. Die Anwendung auf die Arbeiterklasse nach. Unsere belgischen Genossen haben seit Jahren alles versucht, um ein gerechtes Wahlrecht zu erringen. Aber er (Redner) hoffe, sie werden nicht mehr allzu lange warten, bis sie ihren Forderungen auf belgische Weise Nachdruck verleihen.“ (Stürmischer Beifall.)

Wäge auch in Karlsruhe diese Auffassung des Genossen Dr. Frank geteilt werden! Frau Zeffin hat dort in ihrer Rede am 1. Mai die rühmliche Tat unserer belgischen Brüder ebenfalls der Arbeiterklasse anderer Länder zur Nachahmung empfohlen, wie wir dem Bericht des Volksfreund entnehmen. Die Entwicklung dieses scharfen Kampfes in Baden ist erfreulich. Soffentlich wird nicht durch ein lähmendes „Großhändlerabkommen im ersten Wahlgange“ alles wieder unterbunden.

Gewerkschaftliches.

Der Buchdruckerverband im Jahre 1912.

Der letzten erschienenen Jahresbericht dieser Organisation erstreckt sich im Ganzen auf die Monate Juni in demnächstigen Generalversammlung über die zwei letzten Jahre 1911 wurde nach langwierigen und äußerst schwierigen Verhandlungen im Tarifausschuß der Buchdrucker der Tarif einer Revision unterzogen. Diese Erneuerung des Tarifvertrages brachte der Wertmeinst der Buchdrucker Zugeständnisse, die in ihrem Wert unvorstellbar sind.

Das Jahr 1912 hat dann eine im allgemeinen erfreulich glatte Einführung der neuen tariflichen Bestimmungen gebracht. Aber es setzte auch eine Arbeitslosigkeit der Unternehmer ein, manche Vergrößerung wurde entzogen, manche Fabrik stillgelegt, nicht nur, die Arbeitslosigkeit durch die forcierte Aufstellung von Segmännern und leitungs-fähigeren Druckmaschinen eine noch größere, sondern durch Überlegung vom Arbeiter zum Gewinnsüßler (Wochenlohn) wurden namentlich viele der älteren Betriebsleiter in Berlin empfindlich betroffen. Der Organisation ersprochen wurde das unangenehme rasche Vordringen der Maschine — nicht etwa nur der Segmännerei — immer größere Heilwerden. Wenn im Tarif nicht ein Mittel der verschiedenen Branchen im einzelnen bestimmten Reglement erhalten wäre, würde manches schlechter und die Arbeitslosigkeit gewiß noch höher sein, als sie ohnehin schon ist.

Am Reichstages hat der Verband außerdem mit erheblichen prinzipiellen Schwierigkeiten zu kämpfen. Da ging die Untereinander-Verpflichtung auf ihrer vorjährigen Generalversammlung daran, für die nächste Tarifrevision (1916) sich einen Abwehr- oder Streikfonds zu schaffen, für den nach der Ansicht der beteiligten Arbeiter ein obligatorischer Wochenbeitrag zu entrichten ist. Ferner wurde eine aus ganz Deutschland sich zusammensetzende Tarifkommission gebildet, die eigentlich keinen anderen Zweck hat, als Vorarbeiten zur Verwirklichung des Tarifs im Jahre 1916 auszuführen. Dann ist sich die direkt tarifgerichtliche und verbandseigentliche Heine Arbeiterorganisation der Internationaler, der Arbeiterverband für das Druckgewerbe, der im Auftrag des Zentralverbandes deutscher Industrieller handelt und in dessen Sinne sich, unheimlich hervor. Mit allerlei öffentlich erhobenen Verdächtigungen und durch Petitionen an die Bundesregierungen — vertriebenem Organisation der Internationaler, die Frieden im Gewerbe zu fördern, welche sehr Beschäftigung dadurch befördert werden und erlauben wie mit unerlaubten Mitteln geförderte Arbeiterorganisation Osterbergsband kann trotzdem selbst mit Einklinker über Stierdicklingen und Schneiderischen Mitteln, aber nur 194 neue Mitglieder verzeichnen, womit sie ganze 3294 Mitglieder zählt.

Enorme Aufwendungen hatte der Verband für die Arbeitslosen-Unterstützung zu machen, die zum ersten Male über eine Million Mark — 1.151.606 Mk. gegen 920.612 Mk. in 1911 — er-

forderte. Dementsprechend war auch die Arbeitslosenziffer hoch: 4,75 Prozent (Vorjahr 4 Prozent) auf jedes Mitglied umgerechnet, entfielen 17,50 (14,50) Arbeitslosentage im Jahr. Die Arbeitslosenziffer ist dagegen gefallen: 2,75 (3,15) Prozent. Versagt wurde an Unterstützung für Kranke 900.915 (877.320) Mark, an Invalidität 379.466 (338.252) Mk., für mangelnde Mitglieder 227.453 (153.586) Mk., für Gemahretzte 8342 (3622) Mark, als Invaliditätsbeihilfe 43.700 (40.439) Mk. und als Vergrüßelbeihilfe 98.173 (88.400) Mk. Sämtliche Unterstützungsleistungen erforderten 2.817.059 (2.579.131) Mk. Dazu wurden aus den Guts und den Mitgliedschaften noch Zuschüsse im Betrage von über 800.000 Mk. gezahlt. Das sind gemäß gewaltige Summen und große gesellschaftliche Leistungen.

Aber auch das Einnahmeleno weist imponierende Zahlen auf, nämlich 3.898.655 Mk. für 1912 und 3.704.623 Mk. für 1911. Der Beitrag ist in Anbetracht der übermäßigen Unterstützungsleistungen wie im Hinblick auf die ganzen Verhältnisse am 1. Januar d. J. um 10 Pf., also auf 1,20 Pf., erhöht worden, wozu noch Guts und Sozialbeiträge bis zu 70 Pf. pro Woche treten. — Der Buchdruckerverband schließt das Jahr 1912 mit einem Vermögensstande von 9.768.791 (Vorjahr: 8.908.458) Mark ab ohne die besonderen Vermögensgegenstände in den Mitgliedschaften und Gutschaften, die am Jahresabschluss ungefähr drei Millionen Mark aufzumeilen hatten.

Die preussische Politik gegen streikende Arbeiter.

Die Reichsregierung, das nämlich während eines Streiks die harmlosesten Forderungen gegenüber Arbeitswilligen als Verletzungen angesehen und dementsprechend hart bestraft werden, kommt jetzt wieder an Krefelder Arbeiter auf unruhigenden Ehem. Es sollen bereits eine ganze Anzahl Anklagen erhoben worden sein. Einige kamen schon zur Beurteilung, wobei sich aber hier wieder zeigte, daß die Göttinger Politik zur Zeit des Streiks hüftig Auffassungen über solche Verbrechen hat, als bei früher Überlegung in späterer Zeit, nach beendeten Streik. Als Beweis dafür folgende zwei Fälle: Als ein Arbeitswilliger aus einer befristeten Färberei in Krefeld kam, wurde er von dem Streikposten lebenden Arbeiter Heinrich E. angesprochen und gefragt, ob er die Arbeit wieder aufnehmen wolle. Als der Streikwillige die Frage der Babyheit entgegen vernahm, hatte E. geäußert, das er wolle er auch nicht hoffen. Hierin erblickte das Schöffengericht in der Verhandlung am 3. Mai die Verletzung eines Arbeitswilligen“ auf Grund des § 153 d. G. D. und verurteilte E. zu einer Woche Gefängnis. — Dasselbe Gericht hatte in voriger Woche einen streikenden Arbeiter, der zu einem Arbeitswilligen sagte, daß er es wohl noch bereuen werde, wenn er seinen Kollegen in den Rücken falle, sogar zu zwei Wochen Gefängnis verurteilt. Gegen beide Urteile wird Berufung eingelegt.

Verantwortlich für Leitartikel, Politische Überfahrt, Parteinachrichten Paul Hennig, Ausland, Gewerkschaftliches, Familien- und Vermittlungs Karl Böck, Lokales Wilhelm Koenen, Braunkohlen Carl Rosacker — Verlag und Druck der Anzeigen verantwortl. V. Jähning, Schmalz in Halle. Druck der Dollenen Gesellschafts-Buchdrucker (C. G. m. b. H.).

Zweites Angebot!!
Mittwoch, Donnerstag, Freitag

Nusebaum's

Zweites Angebot!!
Mittwoch, Donnerstag, Freitag

Grosse Pfingst-Messe!

Unerreicht billige Extra-Preise.

Damen-Konfektion
fabelfast billige Extra-Preise.
Ein Riesenposten Batist-Blusen, mit und ohne Krage . . . 1,25
Pflngspreis 3,25 2,65 1,95 1,25
Ein Riesenposten Bulgaren-Blusen, halbfrei, aus India-Müll . . . 1,25
Pflngspreis 2,45 1,95 1,45 1,25

10 Schläger aus unserer Damen-Putz-Abteilung.
Ein Riesenposten Kinderhüte, mod. Glockenform in weiss und natur, mit Seidenband garniert . . . 98 Pf.
Pflngspreis 1,65 1,35 95 68 Pf.
Ein Riesenposten Kinderhüte, blauweiss, hochgeschlag. u. Glockenform, mit englischer Samtbandgarnitur . . . 1,25
Pflngspreis 2,45 1,95 1,45 1,25

Ein Posten weisse Basthüte, breite Form, schick mit Blüm., Kirschen oder Seidenband garniert . . . 98 Pf.
Pflngspreis 4,25 3,50 2,95 2,35
Breite nette Rembrandform, mit Seide und Blumen voll garniert, in hell und schwarz . . . 90 Pf.
Pflngspreis 8,75 6,85 4,90 4,15

Bulgaren-Kragen. Extra-Preise!
Ein Riesenposten Bulgarenkragen Batist gestickt, Pflngspreis 95 75 48 Pf.
Grosser Posten Bulgaren-Ansteckrüschen . . . Pflngspreis 75 65 48 Pf.
Grosser Posten Bulgaren-Ansteckschleifen . . . Pflngspreis 30 25 Pf.

Grosser Posten Bulgaren-Ansteckschleifen
Pflngspreis 30 25 Pf.
Ein Riesenposten Putturisten-Kragen mit weissem Batstrand, moderne Formen . . . Pflngspreis 75 65 48 Pf.
Ein Posten Blusen-schleifen in Putturisten-Genre, Pflngspreis 48 Pf.
Ein Riesenposten Batist-Stickerkragen in verschiedenen modernen Fassons . . . Pflngspreis 95 75 48 Pf.
Ein Posten Bälchen in Tüll, Batist und Mull, mit Spitzen und Einsätzen . . . Pflngspreis 68 48 25 Pf.
Ein grosser Posten Jabots in eleg. Ausführ., Pflngspreis 1.10 95 85 75 Pf.

Handschuhe, Strümpfe
Riesenposten Damen-Strümpfe, schwarz und braun, durchbrochen . . . 48 Pf.
Pflngspreis Paar 75 68 48 Pf.
Riesenposten Damen-Strümpfe, schwarz und braun, englisch-läng . . . 38 Pf.
Pflngspreis Paar 68 48 38 Pf.
Riesenpost. Dam.-Strümpfe, mod. Farben, Pflngspreis Paar 1.10 75 68 Pf.
Riesenposten Dam.-Strümpfe, mod. 1,15
Farben, durchbr., Pflngspreis Paar 1,15
grosser Posten Damen-Halbhandschuhe, weiss und schwarz, 40 cm lang . . . 28 Pf.
Pflngspreis Paar 55 28 Pf.
grosser Posten Damen-Halbhandschuhe, Seide, weiss und schwarz, 40 cm lang . . . 1,10
Pflngspreis Paar 1,95 1,10

Herren-Artikel!
Extra billige Preise!
Ein Riesenposten Oberhemden, neueste, elegante Muster, mit festen, losen u. Ersatzmanschetten . . . 95 Pf.
Pflngspreis 5,95 4,95 3,95 2,95 1,95
Ein grosser Posten Oberhemden mit wascheisende Einsätzen, nur letzte Neuheiten . . . 95 Pf.
Pflngspreis 6,50 5,95 4,95 3,95
Ein Riesenposten Garnituren, Serviteur und Manschetten, nur moderne Muster . . . 68 Pf.
Pflngspreis 1,50 1,25 95 75 68 Pf.
Ein Riesenposten seidene Selbsthänder, breite, offene Form, moderne, schicke Muster . . . 48 Pf.
Pflngspreis 1,50 1,25 95 75 48 Pf.

Reise-Artikel zu Extra-Preisen!
Riesenposten Picknick-Koffer, mit Blech-einsatz . . . 95 Pf., ohne Blecheinsatz . . . 48 Pf.
Ein grosser Posten Rucksäcke mit starken Lederriemen . . . Pflngspreis 1,95 95 48 Pf.
Riesenposten Thermator-Flaschen, hält kalt und warm . . . Pflngspreis 1,45
Ein grosser Posten Reisekartons mit starken Lederriemen . . . Pflngspreis 2,95 2,45 1,85
Ein grosser Posten Kupekkoffer, mit zwei Schlössern u. festem Griff, Pflngspreis 5,95 4,95 2,95
Ein Riesenposten Aluminium-Trinkbecher . . . Pflngspreis 48 35 8 Pf.
Ein Posten Reisefeldflaschen mit Trinkbecher . . . Pflngspreis 95 60 48 Pf.
Ein grosser Posten Reisehandsachen, Leder imitiert . . . Pflngspreis 3,45 2,75 1,95 95 Pf.

Ein Posten Rosshaarformen, m. Blumen und Samtband schick garniert . . . 75 Pf.
Pflngspreis 7,25 5,50 4,75 3,95
Nestekle kleine Form, elegant und schick mit Band, Blumen, Tüll und Pleureusen garniert . . . Pflngst.- 95 Pf.
Preis 22,50 17,50 12,50 8,50 5,50
Ein Posten Frauen-Hüte, solide Amazonenform und Toques, mit Blumen, Straussfedern oder Band geschmackvoll garniert . . . 75 Pf.
Pflngspreis 12,50 8,75 6,50 4,75

Ein Riesenposten reuseldenes Taffethand, ca. 5 cm breit . . . Pflngspreis Mtr. 20 Pf.
Ein Riesenposten reuseldenes Taffethand, ca. 6 cm breit . . . Pflngspreis Mtr. 28 Pf.

Handschuhe, Strümpfe
Grosser Posten Damen-Handschuhe, farbige und weiss, durchbrochen, 30 bis 80 cm lang, Pflngspreis Paar 65 42 Pf.
Grosser Posten Damen-Handschuhe, moderne Farben, Zwirn, 50 cm lang, Pflngspreis Paar 95 75 Pf.

Ein Riesenposten reuseldenes Luminex-hand, 8 cm breit . . . Pflngspreis Mtr. 40 Pf.
Ein Riesenposten reuseldenes Garnierband, ca. 11 cm breit, in vielen Farben . . . Pflngspreis Mtr. 48 Pf.

Ein Riesenposten reuseldenes Luminex-hand, 8 cm breit . . . Pflngspreis Mtr. 40 Pf.
Ein Riesenposten reuseldenes Garnierband, ca. 11 cm breit, in vielen Farben . . . Pflngspreis Mtr. 48 Pf.

Ein Riesenposten reuseldenes Luminex-hand, 8 cm breit . . . Pflngspreis Mtr. 40 Pf.
Ein Riesenposten reuseldenes Garnierband, ca. 11 cm breit, in vielen Farben . . . Pflngspreis Mtr. 48 Pf.

Ein Riesenposten reuseldenes Luminex-hand, 8 cm breit . . . Pflngspreis Mtr. 40 Pf.
Ein Riesenposten reuseldenes Garnierband, ca. 11 cm breit, in vielen Farben . . . Pflngspreis Mtr. 48 Pf.

Handschuhe, Strümpfe
Mod. Lack-Schnürschuhe m. Derby, 95 Schell, mod. Absatz, Pflngspreis 7,90 6,30 5,90

Ein Riesenposten reuseldenes Luminex-hand, 8 cm breit . . . Pflngspreis Mtr. 40 Pf.
Ein Riesenposten reuseldenes Garnierband, ca. 11 cm breit, in vielen Farben . . . Pflngspreis Mtr. 48 Pf.

Ein Riesenposten reuseldenes Luminex-hand, 8 cm breit . . . Pflngspreis Mtr. 40 Pf.
Ein Riesenposten reuseldenes Garnierband, ca. 11 cm breit, in vielen Farben . . . Pflngspreis Mtr. 48 Pf.

Ein Riesenposten reuseldenes Luminex-hand, 8 cm breit . . . Pflngspreis Mtr. 40 Pf.
Ein Riesenposten reuseldenes Garnierband, ca. 11 cm breit, in vielen Farben . . . Pflngspreis Mtr. 48 Pf.

Ein Riesenposten reuseldenes Luminex-hand, 8 cm breit . . . Pflngspreis Mtr. 40 Pf.
Ein Riesenposten reuseldenes Garnierband, ca. 11 cm breit, in vielen Farben . . . Pflngspreis Mtr. 48 Pf.

1. Beilage zum Volksblatt.

Nr. 105

Halle (Saale), Mittwoch den 7. Mai 1913

24. Jahrg.

Nikita räumt Sutari.

Was man gestern noch bezweifeln konnte, wird jetzt von allen Seiten bestätigt: Nikolaus von Montenegro hat sich zur bedingungslosen Räumung von Sutari bereit erklärt. Freilich, im geheimen mag er immer noch hoffen, daß sein Nachgeben die nötige Klänge Anerkennung finden wird. In Österreich traut man der Erklärung und der „Christlichkeit“ des biederen Nikita noch nicht so ganz und meint, wer weiß, was er wieder für besondere Absichten im Schilde führe. Sicher ist diese Befürchtung diesmal völlig grundlos. Nikolaus wird Sutari räumen, und zwar stellt er es den Großmächten zur Verfügung. Der Vagance Sabas zufolge hat die montenegrinische Regierung der englischen amtlich mitgeteilt, daß Montenegro Würde ihm nicht erlaube, vor einer vereinigten Räumung zurückzuweichen, so lege er das Schicksal von Sutari in die Hände der Mächte.

Ganz freiwillig ist dieser löbliche Entschluß Nikitas allerdings wohl nicht erfolgt; der Druck der Großmächte und die Überzeugung, daß ihn Rußland schließlich doch im Stich lassen wird, haben es dem alten Dickschädel doch geraten erscheinen lassen, sich zu fügen. Auch wird in Wien berichtet, daß die „Wladode“ der Großmächte keineswegs völlig unwillig gelassen sei. So metzelt die Wiener Neue Freie Presse aus Gattia:

Aur Nachrichtenlage Montenegros dürfte der Umstand beigetragen haben, daß sich die Folgen der Skodab

und der Einstellung des Verkehrs von Cattaro in Montenegro bereits fühlbar macht. Es fehlt an Lebensmitteln und anderen Bedarfsartikeln. Die Stabbeleuchtung in Cetinje wird heute oder Mittwoch eingestellt werden müssen. In Privatbüros werden schon seit einigen Tagen Kerzen gebrannt. Aber auch dieser Vorfall ist erschlöpft.

Den Entschluß, Sutari zu räumen, hat Nikita anscheinend erst nach harten Kämpfen mit seinen Ministern und sonstigen Beratern durchgesetzt. Ueber die montenegrinische Ministerberatung wird noch mitgeteilt:

Wien, 5. Mai. Der General Martinowitsch, der „Erzfürmer“ des Karabosch, erklärte, daß er niemals Sutari aufgeben könne, und erging sich in den schärfsten Ausfällen gegen jene, die Montenegro in diese Situation gebracht hätten. Die endgültige Entscheidung wird erst am Donnerstag fallen, da der König die Räumung Sutaris nicht vornehmen will, ohne vorher die Stupschitina befragt zu haben. Er wird ihr aber den Beschluß des Ministerrats zur Annahme empfehlen.

London, 5. Mai. Nach direkten Nachrichten von Cetinje haben Nikolaus und sein Staatsrat mit nur zwei Stimmen Mehrheit beschlossen, Sutari zu räumen. Dieser Beschluß wird jedoch von der montenegrinischen Episkopie bestritten werden, und es ist immer noch zweifelhaft, ob das geschehen wird. Nach einer Petersburger Depesche wird in der heutigen Volkskammerkonferenz vorgeschlagen werden, Montenegro auf Kosten Serbiens eine Entschädigung an Land für die Räumung Sutaris zu gewähren. Die russische Regierung will angeblich auf Bulgarien einwirken, um es zur Rückgabe in gewissen Dingen zu bewegen, durch die wiederum Serbien entschädigt werden soll.

Montenegro's Verzicht auf Sutari hat die sogenannte Sutarifrage ihre Schärfe und Gefahr für den Weltfrieden verloren, und die Balkanlage wie die ganze internationale Situation haben wieder ein friedlicheres Aussehen angenommen.

Noch bleibt ja die geplante österreichisch-italienische Expedition in Albanien. Aber in Österreich beginnt man allmählich einzusehen, daß bei diesem Abenteuer keine Vorbereitungen für Österreich zu holen sind. Es soll in Wien „einfache Persönlichkeiten“ geben, die dafür eintreten, eine Oligarchie in Albanien auszuüben, um so leicht, als es nicht andersgesehen ist, daß Esad Pascha mit seinen Truppen Albanien verlassen wird, ohne seine ehrgeizigen Pläne durchzuführen.

Und die Neue Freie Presse bemerkt: „Ob ein Einverständnis Österreich-Ungarns und Italiens in Albanien beschlossen werden wird, hängt von den Umständen ab.“

In Italien dagegen, das nach dem Tripolistrabzug länderhungrig geworden ist, scheint der Plan einer militärischen Expedition nach Albanien großen Anklang zu finden. Freilich, Südbalkanien mit dem Oasen von Salon ist für Italien ja schon längst in die Augen, und die Gelegenheit zu einer kleinen „Anexion“ war selten so günstig, wie gerade jetzt. Möglich aber, daß auch die albanische Expedition unterbleibt, weil man in Österreich in letzter Stunde noch zur Vernunft und besseren Einsicht gekommen ist.

Die Mächte sind bereit.

London, 5. Mai. Die Vorkriegsvereinigung hat sich heute nachmittags 5½ Uhr auf Donnerstag vertagt. Das neutrale Bureau empfangt nach der Sitzung vom Auswärtigen Amt folgende Mitteilung: Die Tatsache, daß der Vertrag von Montenegro das Schicksal Sutaris in die Hände der Mächte gelegt hat, gereicht den Regierungen der Mächte zur großen Befriedigung. Die Mächte werden jetzt erwägen, welche Bestimmungen für die Zukunft hinsichtlich der Stadt getroffen werden sollen. Im Laufe der Besprechung habe Staatssekretär Grey die Vorkriegsvereinigung daran erinnert, daß der Status Albanien bereits bei der ersten Zusammenkunft der Volkskammer im Dezember vorigen Jahres geregelt worden sei. Er habe hinzugefügt, daß Österreich und Italien beauftragt worden seien, die Grundzüge eines Planes vorzubereiten, der in der nächsten Zusammenkunft der Volkskammervereinigung von den Vorkriegs Österreich-Ungarns und Italiens vorgelegt werden solle.

Die österreichisch-italienischen Pläne in Albanien.

Wien, 5. Mai. Nach der Neuen Freien Presse sind in der albanischen Frage die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen und man glaubt, daß es möglich sein wird, diese Frage ohne militärische Aktion zu ordnen. Eine militärische Aktion in Albanien ist jedenfalls in nächster Zeit nicht zu erwarten. Anders lauten die italienischen Meldungen:

Rom, 5. Mai. Zur Befestigung Albanien's ist das älteste Armeekorps in Bari unter dem Befehle des Generals Panicanca bestimmt. Seine Kadres werden aus ganz Italien

verpflichtet. Die Vorbereitungen für die Expedition werden eifrig fortgesetzt. Aus dem Ägäischen Meer sind Kriegsschiffe, aus den Häfen Tripolitanien's Kreuzfahrtschiffe nach den südalbanischen Häfen unterwegs. Die Arsenale in Tarent, Brindisi, Neapel und Messina arbeiten Tag und Nacht an der Reprozentierung und Ausbesserung der Schiffe. Wahrscheinlich wird Admiral Viale, der die Befehle der Ägäischen Flotte geleitet hat, wiederum den Oberbefehl über die Flotte übernehmen.

Von Wahlrechtsschmach und Wahlbewegung.

Arbeitslosen und Massenhaus.

Zu den von den Dreiflassennämern arg mißhandelten Arbeitern gehören vornehmlich auch die Wahlberechtigten. Der Vergah untersteht dem Landtage. Für die seit langen Jahren aus den Kriegen der gequälten Verglachten heraufstehenden Ruhe nach Schug für Gesundheit und Leben haben die bürgerlichen Parteien kein Ohr. Jeder ansehnliche Vergarbeiter schreut etwas spät als eine Verhöhnung der Schugbedürftigen. Seine statt Brot hat man ihnen gegeben.

So konnte es denn nicht ausbleiben, daß die Zahl der in allen Bereichen im Vergah immer gewaltiger anwuchs. Nahrung ist bereits das Meer der Krüppel, der Vergah liebt. Folgende Aufstellung nach dem Angaben der Vergahgenossenschaft gibt darüber den unzufälligen, Empörung auslösenden Beweis, Wertet man noch weiter das Preußens Vergah circa 90 Prozent aller Vergarbeiter Deutschlands (1911: 888 274), auf welche sich die Angaben beziehen, umfaßt. Es wurden gemeldet:

Jahre	Unfälle		Schwere u. tödl. Unfälle	
	überhaupt	pro 1000 Arbeiter	überhaupt	pro 1000 Arbeiter
1886	22 497	65,45	2 265	6,59
1890	28 879	72,49	3 402	8,54
1895	40 015	93,28	4 996	11,39
1900	56 471	103,48	6 894	12,19
1905	81 871	126,45	10 086	15,55
1907	92 455	136,70	11 381	15,54
1909	109 489	138,69	12 506	15,38
1911	114 669	136,79	12 200	14,35

Unter schweren Umständen sind solche zu verstehen, bei denen der Verletzte 13 Wochen nach dem Unfalltage die vollständige Arbeitsfähigkeit noch nicht wieder erlangt hat. Im letzten Berichtsjahre ist die Zahl der schweren Unfälle etwas gestiegen. Das ist aber keine Folge verminderter Unfallgefahr, sondern das Resultat einer Verschärfung in der Unfallversicherung. Es werden Verletzte trotz erheblicher Schäden für vollfähig arbeitsfähig erklärt. So sinkt die Zahl der Schwerverletzten, die Berufsgenossenschaften sparen, und die Arbeiter sind betrogen. Trotz der Rentenauflage zeigt sich auch für die schweren Verletzungen seit 1886 eine erschreckende Steigerung. Auf 1000 beschäftigte Arbeiter berechnet sind die Zahlen:

Unfälle überhaupt um	109 Proz.
schweren Unfälle um	120 Proz.

Das sind erschreckende Resultate. Ohne eine andere Zusammensetzung des Landtags wird diesem Zustande im Vergah kein Einhalt geboten. Der Schug der Vergarbeiter verlangt eine Stärkung der Jungenburg.

Das Wahlrecht der Beamten.

Am 31. Januar 1913 erklärte der preussische Minister des Innern, v. Dallwitz, im Dreiflassenhause: „Ein Beamter, der seinem Landesherren den Treue geleistet hat, bricht diesen Eid in dem Augenblick, in dem er unmittelbar oder mittelbar die Bestrebungen einer antimonarchischen Partei zu fördern unternimmt. Wenn ein Beamter Anstand und Gewissen hat, so wird er in dem Augenblick, wo er glaubt, sich der Sozialdemokratie anschließen zu müssen, daraus die Konsequenz ziehen und aus seinem Amte ausscheiden. Zur er das nicht, dann wird er zum Eibredner und Lügner.“

So Herr von Dallwitz. Und die gesamte Rechte stimmte ihm rühmend und jubelnd zu. Es hat aber auch schon aus anderem Tone im preussischen Abgeordnetenhause geungen. ... Der Freiherr von Wangenheim sprach an der gleichen Stelle und zur selben Frage:

„Es kann niemand von uns verlangen, daß wir die preussischen Landräte und sonstigen politischen Beamten die zeitig Landtagsabgeordnete sind. D. H.) unter Meinung verlegen. Ich glaube auch nicht, daß eine preussische Staatsverwaltung es jemals verlangen wird, sie kann niemals die Absicht haben, mit Lumpen zusammen zu arbeiten.“

Und auf denselben Winken der Rechten jubelten die selben Leute — es war allerdings 1899 bei der Beratung der — Kanalarfrage, als es der Herr von Herr und Ventel ging.

Die Tatsache bleibt wohl bestehen: Dallwitz nannte die Beamten, die bei einer Wahl ihrer inneren Überzeugung Ausdruck geben. Eibredner und Lügner, der konservative Redner von Wangenheim nannte diejenigen, die es nicht taten, ihrer Meinung freie Ausdruck zu geben, nur deswegen, weil sie Beamte sind. Lumpen.

Ja, will nun die preussische Regierung auch mit — Lumpen arbeiten? Wir wagen die kritische Frage nicht zu entscheiden, verlassen uns dabei lieber auf eine betragende Autorität, die ebenfalls im preussischen Dreiflassenhause — es war 1910 — scharf und logisch erklärte:

Jede Vertretung des Andersdenkenden rät sich. Deutschland und Preußen wissen ein großes Vieh davon zu finden. Denken Sie an die Zeiten der 30er und 40er Jahre der vorigen Jahrhunderte, erinnern Sie sich des Drucks, der auf den Volks lastete. Aber so gut ich mich auch an solche Mächte der Beamtenmacht, D. H.) heissen finde, ist es nicht möglich, ich bin auf das entschieden, also sage ich, ich verurteile ebenso gut jeden Wahlrecht wie ich jede Schiene verurteile. Alles das sind feinstliche Wahrheiten, die weder für den Staat, noch für den Beamten, noch für die Partei würdig sind, für die sie geleistet werden.

Und wer sprach diese ausgezeichneten und vernünftigen Worte? Der jetzige Reichstagsler Herr Major von Wichmann Holweg!

Wichmann Holweg müßte also sich und seine Regierung selbst, mehr kann man nicht verlangen. Deutlicher kann den Beamten nicht gesagt werden, wie sie sich zu verhalten haben, wenn sie keine Eibredner, Lügner und Lumpen, sondern anständige Männer sein wollen!

Kein Geld für Volksbildung.

Alle Welt hat sich lächerlich amüsiert über jene pittoreske Debatte im sogenannten preussischen Herrenhause, in der Graf v. Schulerburg den Ausdruck tat: „Wenn die Mitglieder dieses hohen Hauses vom 14. Jahre an unbeschäftigt gewesen wären, so wäre aus uns allen nichts geworden. Aus mir jedenfalls wäre sicher nichts geworden.“ Niemand wird dieser Selbstentwürdigung der Herrenhäuser widersprechen wollen. Aber die Sache hat doch, außer der lustigen, auch eine sehr ernste Seite. Ausbeutung der Schulpflicht bis zum 16. Lebensjahre war die Anregung, die zur Debatte stand, und sie wurde schließlich von Regierung und Mehrheit zurückgewiesen, weil das zu viel Geld kosten würde! Nun wird die Sozialdemokratie genötigt seine Freunde der Unterrichtsfrage, wie heute in der Volkschule betrieben wird, und von einer billigen Verlängerung dieses Reiches um zwei Jahre können wir uns nichts vorstellen. Noch weniger find uns die Worte der Herrenhäuser sympathisch, denn die wollen doch bloß die Arbeiterjugend zwei Jahre länger unter der Fuchtel haben; sie wollen doch, daß der Geist der Unterdrückung, die Erziehung zur Untertänigkeit und zum blinden Gehoramt zwei Jahre länger auf die jungen Leute einwirken soll. Das alles darf jedoch nicht die Tatsache verdrängen, daß hier wieder mal eine Maßregel, die unter Umständen allerdings eine Verbesserung der Volkschule sein könnte, vom Massenfactur nur deshalb abgelehnt wird, weil er das Geld nicht aufwenden will.

Weshalb die preussische Volkschule — und sie ist darin vorbildlich für die deutsche Volkschule überhaupt — so wenig zu leisten in der Lage ist, das liegt an zwei Ursachen, einer inneren und einer äußeren. Die innere haben wir schon erwähnt; es ist der Geist ihres Unterrichts oder, wie man es ganz offen nennen kann, der politische Mißbrauch der Volkschule zur Bestämpfung der Sozialdemokratie. Wenn der Hauptzweck des Unterrichts darin besteht, der Jugend „Gottesfurcht, Patriotismus und Kriegstreue“ einzutrichtern, dann müssen Bildung und Wissen dabei notwendigerweise zu kurz kommen. Ueber dieses Kapitel wird hier zu sehr wohl noch manches zu sagen sein. Aber daneben wirkt nicht minder verhängnisvoll der äußere Grund, der Mangel an Geld. Zwar gehört es zu den Gepflogenheiten der Staatsverwaltung in Preußen, sich mit den Aufwendungen für den Unterricht zu brühen. Und in der Tat, wer seine Zahlen zu lesen versteht, kann leicht gelendet werden durch die Zahlen, die man bei solcher Gelegenheit aufmarschieren läßt. Im Etatsjahr 1911 (dem neuesten, wofür abgeschlossene Rechnungen vorliegen) betragen die Gelamtausgaben des preussischen Staates nicht ganz 850 Millionen Mark. Davon wurden nicht weniger als 296 Millionen Mark für den Kultusbereich ausgeben. Der Kultusetat ist bei weitem der größte aller preussischen Etats, der an zweiter Stelle kommende Justizetat erfordert nur 170 Millionen. Was also will man noch mehr? Ist der preussische Staat nicht bereit, mit 1000 Mark pro Kind zu zahlen, daß er gewaltiges aufwendet für den Unterricht, für die Kultur?

Doch nur gemacht! Betrachten wir die Sache näher, so gerinnt das schöne Bild. Zunächst wurden von den 296 Millionen für die Volkschule nur 177 Millionen verordnet; der Rest für höhere Unterricht, Universitäten und Schulen mit ihren Pforten usw. Da es im Jahre 1911 nur 6 000 000 Kinder in den preussischen Volkschulen gab, so bedeutet dies für jedes Kind etwa 26 Mark. Dabei sind aber die Kosten der Lehrerausbildung, Turnlehrerbildung und anderes mehr schon mitgerechnet. Bleibt man diese ab und rechnet nur, was der Betrieb der Volkschule an sich kostet, so kommen nur rund 17 Mark pro Kind heraus, indem derselbe Staat für jeden Schulanfänger einen Zuschuß von etwa 85 Mark pro Jahr leistet, für jeden Schulanfänger rund 700 Mark. Was erst recht hoch erscheint, erwacht sich demnach als lächerlich gering. Die Folge zeigt sich darin, daß die durchschnittliche Schülerzahl in einer Klasse der preussischen Volkschule immer noch 56 beträgt, und daß immer noch weit über eine Million Kinder in überfüllten Klassen sitzen, wobei — wie wir das erst kürzlich nachgewiesen haben — als „überflüssig“ erst solche Kinder gelten, die mehr als 70, mehr als 80, ja zum Teil mehr als 120 Kinder zählen!

Stellt man dem gegenüber die Sozialdemokratie ihr Schulideal auf, weist sie darauf hin, daß ein leistungsfähiger Unterrichtsunterricht nur möglich ist bei individueller Behandlung, d. h. wenn der Lehrer mit jedem einzelnen Schüler in persönliche geistige Berührung tritt, muss natürlich ganz unmöglich ist bei 60, 70 oder gar 120 und mehr Kindern in einer Klasse, und zeigt sie, daß deshalb Klassen mit etwa 12-16 Schülern eingerichtet werden müssen, dann ist in der bürgerlichen Welt alles erreicht über die herkömmlichen Kosten, die dadurch verursacht würden. Aber wir brauchen freilich noch gar nicht einmal zu gehen. Selbst bürgerliche Vätergänger geben zu, daß die heutige Klassenanzahl von 50 bis 60 ist. Haben doch die Lehrer mit am meisten darunter zu leiden. Wenn sie nun auch in ihren Forderungen nicht so weit gehen wie wir, so möchten sie doch die Schülerzahl wenigstens auf 30-35 pro Klasse heruntersetzen. Und da trästen sie sich nun mit dem allmählichen Fortschritt: bisher schon ist es von Jahrzehnt zu Jahrzehnt besser geworden; es werde auch weiter besser werden. In der Tat, im Jahre 1882 gab es in preussischen Volkschulen durch-

Wöchentlich 72 Kinder pro Klasse, 1891 nur noch 64, 1906 nur noch 60, und heute sind es 86. Kann man damit zufrieden sein?

Dem gegenüber fragen wir: was nützt es den Leuten, die vor 30 Jahren in Klassen mit 72 Kindern saßen — was nützt es ihnen, daß heute in denselben Klassen nur noch 56 Kinder sitzen? Haben sie nicht den schweren Schaden, den der schlechte Unterricht bedeutet, fürs ganze Leben weg? Und genau so mit den heutigen Schulkindern. Was haben sie davon, daß in 30 Jahren vielleicht einmal nur noch 40 Kinder in den Klassen sitzen werden? Ganz abgesehen davon, daß dies ja doch nur die Durchschnittszahlen sind und daß heute noch Klassen mit mehr als 150 Kindern vorhanden sind! Die 1100 Kinder, die heute noch in Pruzen in dieser finsternen Weise misshandelt werden, und die 103 000 Kinder, die heute noch in Klassen mit über 100 Kindern sitzen — für die bedeutet es doch nur eine Verschönerung, wenn man sie damit tröstet, daß es ja allmählich immer besser wird und daß in einem Menschenalter vielleicht die schlimmsten Zustände nicht mehr vorfinden werden. Wenn irgendwo, so muß hier sofort geholfen werden, um die beängstigten Opfer der heutigen Volksschule vor schwerem Schaden zu bewahren. Sollte man aber diese Forderung erhebt, schallt einem das „Unmöglich“ entgegen: das würde ja viel zu viel kosten!

In eine Verrechnung darüber, ob nicht selbst der Staat in seinem heutigen Verstande die nötigen Mittel aufbringen konnte, wenn er nur wollte, lassen wir uns nicht ein. Wir grenzen nicht daran, daß er erheblich mehr für die Volksschule auszugeben in der Lage wäre. Aber davon ganz abgesehen: wenn es wirklich noch ist, daß die schweren Schäden des Volksschulwesens als Folge des Geldmangels nicht heilen kann, dann ist nur wieder einmal erwiesen, daß es eine feiner mitgedachte Aufgaben zu lösen außer Hande ist, und daß er folglich ganz und gar umgebaut, umgestuft werden muß.

Vodenzucker in Preußen.

Wiesensäfte, Weizenkorn, Steigerung der Grundstückspreise und Wachsen der Hypothekenzinsen, das ist das Resultat unserer Junkerpolitik. Angeblich um einen Wohlstand der Landwirtschaft zu mildern, schänzen sich die Junker bei allen möglichen Gelegenheiten Viebesgaben auf Kosten der Allgemeinheit zu. Die Weizenkorn erlauben dann eine Steigerung der Bodenpreise. Die Weizenpolitik verlaufen die wasserhaltigen Scholle, laden Wiesensäfte ein. Der nächste Verlust muß ein größerer Kapitalverlust sein. Die Hypothekenzinsen wachsen, die Not der Landwirtschaft ist dauernd. Nach einer Verrechnung von Walter Kettner liegen in dem Zeitraum von 1886 bis 1909 die Preise der Güter in der Größe:

	insgesamt	pro Hektar
1886	4 335 346	607
1896	1 934 610	673
1906	7 446 482	1 287
1909	18 344 564	3 324
1910	10 627 769	1 349

Seit 1886 — bis 1910 — hat die Anleihekommmission für insgesamt 262 265 277 Mark Güter erworben. Der Durchschnittspreis, der 1886 erfiel 601 Mk. betrug — 1888 sogar nur 589 Mk. —, hat das planmäßige Ankaufvermögen der Preise durch die patriotischen Junker auf einen Durchschnittspreis von 994 Mark pro Hektar für das gesamte in den 25 Jahren erworbene Terrain hinaufgetrieben. Unter dem Deckmantel der Stärkung des Deutschtums im Osten machen die Junker genau solche patriotischen Geschäfte wie die Kaiserplaten-Nationalen mit dem Aufstufungsummel.

Die agrarische Politik kann natürlich zu keiner „Entschuldigung der Landwirtschaft“ führen, sie läßt die Hypotheken immer mehr ansteigen. Die Weizenbeiträge waren größer als die Wölkungen:

im Jahre 1900 um	396 Millionen Mark
1904	407
1905	469
1906	515
1907	556
1908	584
1909	640

Wenn die Viebesgabenpolitik eine ordentliche Steigerung der Bodenpreise durchgeleitet haben, dann verfloppen sie die „heimatliche“ Scholle und der nächste Vießer Kampf wieder für neue Viebesgaben zur „Erhaltung der nationalen Landwirtschaft“. Allein im Jahre 1909 wendeten 65 924 Güter oder Werte davon den Vießer — nur in Preußen! Bei 6459 Vießeränderungen war das Terrain über 20 Hektar groß. Es gibt keine gemessene und fröhliche Wünderung des Volkes als durch die Junkerpolitik, die mit dem Dreifachwahlrecht ihre Herrschaft dauernd zu erhalten sucht.

Gewerkschaftliches.

Neue Differenzen in der Binnenschifffahrt.

Die Deckungsanforderungen haben beschloffen, am 5. Mai die Arbeit wieder aufzunehmen, da der Zentralverband der Matrosen und Seiger die Wiederannahme der Arbeit bereits zum 28. April angeordnet hatte. Die Arbeit soll unter den Bedingungen aufgenommen werden, daß den Mannschaften die Gehaltszulage von 5 Mk. pro Monat bewilligt wird und ferner soll die Unterchrift zu Verträgen, die die Bewegungsfreiheit der Mannschaften hemmen, nicht gegeben werden. Die Schiffahrtsgesellschaften haben aber nun den Mannschaften Verträge vorgelegt, nach denen zwar die Lohnverhöhung bewilligt wird, doch soll sie erst bei guter Führung „am Jahresschluß zur Auszahlung gelangen. Selbstverständlich weigert sich das Despedation, die Verträge anzunehmen, so daß die Wiederannahme der Arbeit nicht gleichmäßig vor sich geht. Eine Reihe Firmen handeln anders. Sie haben die Arbeitsverhältnisse sofort entlassen und ihr altes Personal zu den neuen Bedingungen eingeteilt.

Welchen Umfang die neuen Differenzen annehmen werden, läßt sich noch nicht genau feststellen, immerhin ist es nicht ausgeschlossen, daß noch einige tausend Dezentle weiter im Ausmaß vergraben.

Zur Lohnbewegung in den Danziger Werksfabriken.

Seit einiger Zeit stehen die in den Werksfabriken beschäftigten Arbeiter in einer Lohnbewegung. Sie fordern eine tägliche elfstündige Arbeitszeit bei einem Wochenlohn von 28 Mark, die Anerkennung des gewerkschaftlichen Arbeitsniveaus, eine anderweitige Regelung der Bezahlung der Überstunden und Gehaltshöhe von Ferien. In der Bewegung sind beteiligt die beschäftigten Personen. Durch Verhandlungen war es möglich, in neun Betrieben mit 68 Beschäftigten diese Forderungen durch Abschluß eines Tarifvertrages zur Anerkennung zu bringen. Eine am 2. Mai stattgefundene Versammlung beschloß dann, in allen Betrieben, in denen die Forderungen bisher noch nicht anerkannt wurden, die Arbeit zu unterbrechen. In diesen Beschluß kamen 35 der Beschäftigten sofort nach, 68 konnten zu den neuen Bedingungen in Arbeit bleiben und 15 Personen trüben stehen als Arbeitswillige. Von den Streikenden konnten wieder mehrere in den tarifierten Firmen infolge Arbeitverträge wieder in Stellung gehen. Das Gewerkschaftsamt hat sofort beschloß, über die nichtbewilligenden Firmen den Druck zu verhängen.

Halle und Saalkreis.

Halle (Saale), den 6. Mai 1918

Dreifaltigkeitsschma und Hallesche Polizei.
Diese beiden Themen wirken so aufregend, wie selten eines. Bei den zahlreichen Versammlungen der letzten Wochen konnte nicht immer von gutem Verlauf berichtet werden. Aber gestern wies man auf die bisher angenommenen Versammlungsmöglichkeiten, trotz des ungenügenden Vorkontages und trotz des trüben Regens die Versammlungen einen direkt unerwarteten Massenbesuch auf, so stark, daß im letzten Dreier gar polizeilich abgesperrt und die Versammlung schließlich in den Garten verlegt werden mußte.

Auch der große Saal des Volksparkes und die Galerien waren dicht gedrängt besetzt, als zur Eröffnung geschritten wurde. Jurek sprach Genosse Redakteur Däumig-Berlin über das Thema: **Die Frauen und die Landtagswahlen.** Er wies einleitend hin auf die letzte Arie der Jubiläum und Gedenktage, die mit patriotischen Jahrmärkten zusammenhängt. Er wies nach, wie es seit längerer Zeit in Preußen-Deutschland mode geworden ist. Wir wenden uns heute unseren Kritiken nicht gegen die heldenhafte Kampfe des Volkes von damals. Mit aller Macht wenden wir uns aber gegen die Geschichtsfälschung, wie sie jetzt bei den patriotischen Vorträgen geübt wird. Unter lebhafter Zustimmung der Versammlung schloß Redner nach den ersten Anfänge des jetzigen Wahlrechtskampfes — den 21. Januar 1906, „den roten Sonntag“, bei dem sich die Hallesche Polizei Vorbereden nicht geholt hat. Da wurden Polizeibeiwaffneten geschossen, auf dem Markt erschien eine Feuerpritze und das Militär war mobil gemacht worden. Und was das alles? Weil das Volk ein ihm zuteilendes Recht verlangte. Damals hat man nicht geglaubt, daß das Volk 1908 und noch viel weniger 1913 noch einmal nach diesem elenken alle Wahlrechte wählen würde. Recht charakteristisch für unsere Verhältnisse und Rechtschaffenheit sind die beiden Polizeibeiwaffneten: In Preußen fristet ein Arbeiter sein Dasein, dem eine Hand abgehakt worden ist. (Stürmische Zustimmung.) Und über Berlin schwebt das Gepein des gealterten Arbeiters Hermann. Weder den Handabhaber, noch den Mörder des Arbeiters Hermann hat man entdacht. (Stürmische Zustimmung.) Wenn auch durch die Tätigkeit unserer kleinen Fraktion im Dreifaltigkeitshaus bedeutende greifbare Erfolge nicht erzielt worden sind, so dürfen wir doch verzeichnen, daß unsere Genossen der Gesellschaft im Abgeordnetenhaus die Waise von den Weisheiten gerufen hat. Es gelang der alten verrotteten Weisheit schon recht, daß ihr das Leben lauer gemacht wurde. Was hat denn diese Weisheit in dem Parlament alles fertiggebracht? Zur die Finnlüste des Königs hatte man weitere drei Millionen übrig, da mußte die Zeitung ins Feld geführt werden. Als aber unsere Angehörigen für die Arbeiter Forderungen stellten, da gab es solche Zeitung nicht mehr. Es ist bekannt, wie preußische Minister die Arbeiterschaft in Beziehung auf die Reichsnot noch verhalten.

Genosse Däumig schloß dann unter lebhafter Zustimmung unsere traurigen sozialen Zustände in Preußen, die Entredung und Anrechnung auf allen Gebieten. Wasche man den preußischen Zuständen ein Ende und sorge man dafür, daß nun im Jahre 1913 das letzte Mal nach dem Dreifaltigkeitsschma gewählt wird. (Beifall.) Die Sozialdemokratie steht in dem Kampfe um das Wahlrecht allein. Das Zentrum zieht sich im Schlangenzug aus der Schlinge und der Liberalismus hält dort, wo er die Macht besitzt, die Dreifaltigkeitsschma mit allem Raffinement noch aufrecht. Ja, noch mehr. Als die Polizeigenossen gelegentlich der Wahlrechtsdemonstrationen im Halleschen Stadterordnetenkollegium von unseren Genossen freitritter wurden, da läßten die spießbürgerlichen Stadtbater noch dazu. (Sehr richtig.) Unter Genosse beprach dann die Redner, die jüngst im Reichstages beschlossene Korruption der Wahlen und Angehörigen der Arbeiter Forderungen stellten, jener Seite hinte es aus allen Kanälen. Dann befeuchtete er die Wirkungen der Wahlrechtschma. Im den jetzigen Zuständen ein Ende zu bereiten, muß noch viel mehr organisiert und agitiert werden. Und in letzter Linie muß das preußische Volk auch verstehen lernen, einmal beizug zu reben! Allerdings Preußen ist nicht Belgien. Hier wird der Kampf schwerer werden. Wenn aber mehr Licht in die Köpfe gebracht wird, dann wird die Entwicklung auch hier auf einen verächtlichen Wahlkampf hindrängen. Das Licht des Himmels läßt sich nicht verhängen. Wenn das Volk will, dann kann es seine Macht wirksam entfalten. Deshalb auf in den Wahlkampf gegen die reaktionären Elemente auf allen Gebieten. (Vangenhaltender stürmischer Beifall.)

Dann sprach Genosse Redakteur Däumig über die Polizeigenossen am und am 1. Mai. Die Arbeiter in diesem Jahre, so führte er etwa aus, sei überall im Reichsweite vertrieben, und zwar so, wie es einer Klasse gesiem, die von unten hinauf zum Licht will. Nur drei Städte im Reich machten besondere

Ausnahmen und unter diesen drei Städten befindet sich wiederum Halle. (Stürmische Entzückungsbräu.) Gegen dieses System protestieren wir heute nicht so sehr, wie das letzte Mal. Denn die Konflikte werden so lange dauern, so lange die Polizei das Machsinstrument des heutigen Klassenstaats ist. Im Grunde bedeutet die Polizei das preußische Herrschaftssystem. Daß sich aber die Verhältnisse in Halle derartig zugespitzt haben, spricht für die hohe politische Entwicklung und den zielhaften Kampf der Arbeiterschaft. Früher glaubte man, das Polizeisystem Wendemann sei begabten; es richtete sich aber trotz erheblicher Niederlagen wieder auf. Sie fänglich waren doch die hier und auch in den Orten des Saalkreises verbotenen Umzüge begründet. Man sprach sogar von Umzugsbewegungen auf der Straße. (Beifall.) Die Hallesche Polizei hat sich ihre Begründung sehr leicht gemacht. Sie hat den nachfolgenden ein Stückchen vornehm, was sie angeblich befürchtet. Im Gegensatz mit der Beschämigung des vorjährigen Pariserumzuges, der mühsamer noch sich ging, hat sie sich ihre bei dem Verbot in das Feld geführte Waffe selbst aus der Hand geschlagen. Das diesjährige Verbot war ein absolutes objektives Unrecht. (Stürmische Rufe: Sehr richtig!) Wenn es in den Begründungen hieß, durch den Umzug würden die Patrioten aufgereizt, so zeugt das von einer sehr schlechten Erziehung dieser Patrioten durch die Polizei. Mit solcher Erziehung hat die Polizei glänzend Finnsie gemacht. Die Arbeiterschaft hat ein Recht auf die Straße. Was die Arbeiter in Süddeutschland und „freien Reichsständen“ bekommen, das können sie auch in Halle verlangen. Bei der Friedenskonferenz in Basel markierte der Polizeigenosse mit im Zuge. Soll den Preußen ein Stückchen ein Stückchen bleiben? Der Arbeiterschaft der erwerbende Werte schaffende, heile Zeit des Volkes soll von gleichen Rechte auf der Straße ausgeschlossen werden. Sogar den Umzug der Kinder hat man verboten und damit die Herzen der Kinder schon politisch vergiftet. Als er Redner, gelegentlich der früheren Polizeibeiwaffneten einmal gelang habe, die Polizei regiere nach Willkür, da habe man ein Verfahren gegen ihn eingeleitet. Bald darauf sei das Verfahren aber eingestellt worden, was wohl bedeute, daß er recht gehabt habe. Das Hallesche Polizeisystem bedrückt die gesamte Arbeiterbewegung. Nicht nur gegen die Partei, sondern gegen die Gewerkschaften, die Turner, die Jugend, den Volkspark usw. ist man in schärfer Weise vorgegangen. Aber vor einem Schritt, das wie im Falle der ungelieblichen Überwachung der Mitglieder Versammlungen zusammenzubringen können wir keinen Schritt haben. (Stürmische Zustimmung.) Wir erheben nun die Forderung, wir kämpfen für geordnete Demokratie, wir sind Feinde jeder Gewalt. Man lasse uns die wenigen Rechte, die uns der Klassenstaat einräumt, in Ruhe ausüben, dann werden wir in friedlicher Weise den Kampf führen, der die Gewalttätigkeit der Arbeiter über die Volksmacht befreit und Preußen aus einem Staat polizeilicher Untertanen in einen Staat freier Staatsbürger verwandelt. Unter heutiger Protest nicht nur etwas, wenn wir die Herzen und Sinne der Arbeiterschaft für ihren Befreiungskampf begeistern. Nur konsequente Nachsicht und Nachschritt der Arbeiterschaft kann das Hallesche Polizeisystem beseitigen. In diesem Kampfe wird sich die Arbeiterschaft auf der stärkeren Seite erweisen. Müßig und zäh, aber kraftvoll und entschlossen führen wir den nächsten Hauptes den Befreiungskampf. (Stürmischer Beifall.)

An der Diskussion wies die Genossin Sperling unter Beifall darauf hin, daß die Polizei insofern ein Teil von der Kraft sei, die für uns das Volk will und doch das Volk schließt, daß sie mit ihren Laten einen guten, lehrreichen Aufwuchsunterricht liefert. Bei der kommenden Landtagswahl müsse der Ruf ertönen: „Frauen bei der Arbeit heraus!“ — Nach einem nochmaligen Appell des Versammlungsleiters, Genossin Frombold, bei der kommenden Landtagswahl Abrechnung zu halten und bei den künftigen Stadterordnetenwahlen an die letzten Polizeigenossen zu denken, wurde die impotente Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf das allgemeine geheime und gleiche Wahlrecht geschlossen.

Wie auch gestern wieder die Polizei ihres Amtes zu walten suchte, das zeigte ein Vorgang am Kopplatz. Als ein Trupp von circa 300 Arbeitern, die nach dem Volkspark wollten, in die Ludwig-Wucherer-Straße einbog, stürmte ein Polizist in ein Eisenengel, um zu telephonieren. Als dann an der Ecke Neils- und Wucherer-Straße die Genossen die Straße überschritten, kam ein Trupp Schuljugend in vollem Lauf daher gegen sie, leiter etwas zu spät, die Versammlungsteilnehmer hatten die Richard-Wagner-Straße bereits erreicht, und die staatsretterische Tätigkeit der Polizei erbrachte sich.

Die Versammlung in den Trübner Backstein war nicht besonders gut besucht. Sie verlief ohne jede Erregung. Genosse Bode sprach über die Taten der Halleschen Polizei. Genossin Zeyer über: Die Frauen und die Landtagswahlen. Beide Referate wurden mit lebhafter Zustimmung aufgenommen.

Die Versammlung im letzten Dreier brachte zunächst ein polizeiliches Wortspiel. Als der Einberufer, Genosse Silberbrandt, gegen 6 1/2 Uhr eintrat, war der Saal bereits abgesperrt. Trotz Legitimation wurde auch dem Einberufer der Zutritt verweigert, obwohl von einer regelrechten Überfüllung gar nicht zu reden war. Aber auch der zur Überwachung angewandte Kommissar miss Silberbrandt wurde mit dem Bemerkenden, er hätte früher kommen müssen. Dabei schloß noch eine Viertelstunde an der Zeit, zu welcher die Versammlung angemeldet war. Es beehrte erst einer telephonischen Beschwerde bei der Polizeibehörde, um Eintritt in die Versammlung zu erhalten. Schließlich erging es der Referentin, Genossin Bähler. Trotz des schlechten Wetters wurde dann die „abgesperrte“ Versammlung einfach in den Garten verlegt. Kopf an Kopf gedrängt stand die im Garten stehende Menschengruppe, den Worten der Referentin lauschend. Die Entzückung über die Dreifaltigkeitsschma in Preußen, welche die Worte der Rednerin durchglühlten, stellte sich bald der Versammlung mit, und oft von Beifall unterbrochen, beprach die Referentin die Fragen, die den Landtag beschäftigen. Sie kritisierte die Schulverhältnisse, das Verhalten der Polizei, die Belämpfung der Arbeiterjugend, der Arbeitervereine, die Aufsicht bei Durchführung der Arbeiterdagegesetze, das

Stroh-Hüte für Herren und Knaben :: :: **S. Weiss.**
in allen Formen, in allen Preislagen

Anten und stellen ihn fest. Der Schumann sag dazu: „Lanz, und es schien, als ob er zuschlagen wollte. Das erste Schlagen rief immer wieder: Nicht mit dem Säbel hauen, nicht schlagen, Säbel fest! Der Schumann drehte den Säbel um, und schlug nun der Frau, die den Mann am festesten hielt, wiederholt heftig mit dem Säbelsnauf auf die Hände und Arme, so daß die Arme unheimlich zu schreien begannen, was in den Wohnzimmern sordentlich wiederholte. Das Schlagen geriet in die höchste Erregung, die sich in heftigen Schimpfworten gegen die beiden Kontraste und den Schumann kundtat. Erst das ruhigere oder bestimmte Eingreifen einiger Wächter und anderer Polizisten machten der Szene ein Ende.

Ein Kind totgefahren. Zu der gestrigen Nacht unter dieser Spitzmarke teilt uns der Chauffeur Hartung mit, daß

er durch Zeugen beweisen könne, daß er unschuldig an dem Unfall sei. Das Kind wäre ihm in den Wagen gelaufen.

Unangenehme Ueberraschung. Im Laufe des gestrigen Nachmittags wurde einer Schankwirtin aus ihrer verschönten gewöhnlichen Wohnung ein Gelbbett gestohlen. Der noch in später Stunde auf die Spur gefasste heftige Polzei und III verhaftete dreimal eine in demselben Hause wohnende Frau. Bei der vorgenommenen Durchsuchung wurde zwar nicht der Gelbbett, dagegen erhebliche Mengen Bwaren und Bwaren gefunden, die die Frau, wie sie schließlich eingekerkert, seit dem Monat Januar einem heftigen Bwarenfabrikanten, bei dem sie als Aufwärtlerin tätig ist, entwendet hat. Die Frau wurde in Haft genommen.

Feuer. Zur Abkühlung eines Ladenbrandes wurde gestern abend die Feuerwehr nach Steinweg 46-47 gerufen.

Kammendorf und Umgegend. Für die Mitglieder des Sozialdemokratischen Vereins des 2. Bezirks, umlassen die Orte Kammendorf, Burg und Odenhof findet am Mittwoch, den 7. Mai, abends 8 Uhr, im Kaffeehaus am Odenhof bei Odenhof Versammlung statt.

Der 1. Bezirk, Kammendorf, hat am gleichen Abend bei Kademeister Sigung. Ein recht starker Besuch ist nötig. (Weiteres Lokales in der 2. Beilage.)

NESTLE
 Allbewährte Nahrung
 für Kinder und Kranke

Wahalla-Theater
 Anfang 8 1/2 Uhr.
Blatzheim „Der tapfere Soldat“
„Im weissen Rüssel“
 Zum Schreien komisch
 Hierzu das glänzende Variete-Programm.
 Tageskasse von 10—15 und 4—6 Uhr.

Das Menschenfischthaus.
 Bilder vom kommenden Krieg!
 Preis 1.00 Mk. Voris: Druckfach 10 Bfa.
 Zu beziehen durch die
Volksbuchhandlung, Halle a. S., Harz 42/43.

Bekanntmachung.
 1. In der Zeit vom 16. bis 30. April 1913 sind nachstehende Gegenstände als gefunden hier abgegeben und angemeldet worden: 3 Geldtäschchen mit Inhalt, 1 Korallenhalsette, 1 gelber Mantel, 1 Sonnenbrille, 6 Schlüssel, ein einziger Ring, 1 gold. Kettenarmband, 1 gold. Damenuhr, 1 Double-Kleimmer, 1 Bibel, 1 schwarze Damtasche (enth. Taschentuch und Kleinnägel), 12 Taschenkessel, 1 vergold. langl. Brosche, 2 eiserne Dachfenster, 1 Taschenuhr und 1 Gepäcksunterlegungs-Schein.
 2. In derselben Zeit wurden als verloren hier angemeldet: 1 dreifarbige Kettenkette, 1 vergold. Brosche (Stein mit Stein), 1 gold. Damenuhr ohne Kette, 1 silb. Anhängel mit roten Steinen und Edelsteinen, 1 Freifahrtkarte für die städtische Straßenbahn, 1 weiße Straußeneier, 1 gold. schmale Brosche, 1 ein weißer und zwei roten Steinen, 1 schwarze Lederne Damtasche (enth. 1 Geldtäschchen mit ungefähr 2 Mk., 1 Taschentuch und 1 Fahrkartenbuch), 2 weiße, 1 grüne Schultasche nebst Geldtäschchen mit ungefähr 11 Mk., 1 silb. Uhr mit gold. Kette, 1 Brillant, 1 gold. Brosche mit Bild (Mädchen), 1 Kettenarmband, 1 schwarzes Geldtäschchen mit 23 Mk., 1 silb. Armband mit Uhr, 1 weiße Kinderwagenbede, 1 silb. Halskette mit 3 gelben Steinen, 1 rolleb. Geldtäschchen mit ungefähr 4 Mk. und Wandmarken, 1 grünes Geldtäschchen mit 11.10 Mark und 1 Kettchen, 1 grünes Perlenhandtäschchen (enthaltend 1 Geldtäschchen mit 35 Pf., 1 Taschentuch und 1 Stridstrumpf), 1 Perlenhandtäschchen (enth. 1 Geldtäschchen mit 4.05 Mark und 2 Schlüssel), 1 gelbes Mantel, 1 dünne goldene Uhrkette, 1 vergold. Uhrkettenanhänger, 1 brauner Kopf, 1 goldener Ring mit Brillant, 1 gold. Gürtelarmband mit 3 roten Steinen, 1 schwarzleberne Damtasche (enth. 1 Ring und zwei Taschentücher geg. C. E.), 1 braunel. Geldtäschchen mit ungefähr 16 Mk., 1 mattgold. längliche Nadel (geg. 20, 3, 10), 2 Reize und 2 Arbeitzeugen auf den Namen Zuber, 1 schwarz Straußeneier, 1 grünel. Schal, 1 Fahrkartenbuch, 1 kleiner schwarzbrauner Hund (Steuerkarte 271), 1 grauer Gebensbeutel mit 1 schwarzer Damenbrille und 1 grüner Schirmmütze, 1 grüne Damtasche (enth. 1 Brille, 1 Schlüssel und 1 Geldtäschchen mit ungefähr 50 Pf.), 1 vergold. Brosche (Kleeblatt mit Bildbuch), 2 Handfeuerarmbr. Nr. 349, 1 grün. Sammetbeutel mit Inhalt, Schlö., 1 gold. Armband mit 6 roten Steinen und Silberhalsette, 1 Behrnmarken, 1 Double-Kleimmer mit Silberhalsette, 1 grünel. Damenbrille (Nr. 229 698), 1 braunel. Damtasche (Inhalt 1 Geldtäschchen mit ungefähr 12 Mk., 1 Taschentuch), 1 Pädchen Brosche, 1 Behrnmarken, 1 Kinderwagenbuch, 1 Kettenkette mit silb. Griff, 1 Pädchen mit 1 schwarzen Kette und 2 Taschentüchern (geg. C. E.), 1 Silberkette und 6 Kinderbrillen, 1 silb. Kettenarmband mit rundem Anhängel.
 Die unkenntlichen Eigentümer der unter 1. bezeichneten Gegenstände werden hiermit aufgefordert, ihre Rechte innerhalb sechs Monaten im Polizeiverwaltungs-Bureau, Dreys Hausstraße 6, II. Zimmer 98, geltend zu machen. Die nicht zurückgeforderten Gegenstände werden an die Armenverwaltung oder an den Finder abgegeben.
 Halle (Saale), den 2. Mai 1913.
 Die Polizeiverwaltung.

Schönere Herren-Anzüge
 finden Sie nirgends. Zum Verkauf kommen aus erbklassiger Fabrikate in den neuesten Formen u. Farben in bester Ausführung.
 Serie I M. 12⁵⁰ Serie II M. 16⁵⁰ Serie III M. 21⁰⁰ Serie IV M. 24⁰⁰
 — Als Ersatz für feine Mass-Anfertigung —
 Serie V M. 28⁵⁰ Serie VI M. 32⁰⁰ Serie VII M. 36⁵⁰ Serie VIII M. 42⁰⁰
Chice Anzüge für junge Herren, Großstadtschmack, M. 10⁵⁰ bis 32⁰⁰
Jünglings-Anzüge zweifarbige, moderne Formen, bewährte Stoffe, M. 7⁵⁰ bis 21⁰⁰
 — Reizende Knaben-Anzüge sehr billig. —
 Neuheit der Saison 1913:
 Grau Marengo-Jackett und Weste auch in Cutaway: M. 19⁵⁰ M. 24⁰⁰ M. 28⁵⁰ M. 32⁰⁰
 dazu gehörende gestreifte Hose mit u. ohne Umschlag: M. 6⁵⁰ M. 8⁵⁰ M. 12⁵⁰ M. 15⁰⁰
 Als Mitglied aus Rabatt-Spar-Verlosung 5 Prozent in Rabatt-Marken.
Julius Hammerschlag,
 36 Grosse Ulrichstrasse 36, nahe der Alten Promenade.

Apollo-Theater.
 Täglich abends 8 Uhr:
 Die tolle Mimi!
 Burlesker Schwank 1.3 Akten von E. Bastien u. E. Ritterfeld. Auf Wunsch auch Nachsturm auf Nachsturm!

Gewerkschaften und Vereinen
 sowie den Herren Gastwirten empfiehlt sich Unterzeichnete an den bevorstehenden Sommerfesten u. Wasserfahrten zur Lieferung von **Stocklaternen, Lichten und Stöcken.**
 Bei frühzeitigen Bestellungen kann jeder Wunsch betr. Form und Form berücksichtigt werden. Bei Entnahme von einem Gros ist das Aufbringen v. Namen und Titeln gratis.
Volksbuchhandlung
 Harz 42/43.
 Ich warne hiermit meinem Manne etwas zu borgen, da ich keine Zahlung leiste. 4463
 Frau Friedrich, Kammendorf.

Wagen- und Geschirr-Verkauf.
 Wegen Vorkauf-Notor billig zu verkaufen:
 1 guterhaltener halboberer Kutschwagen, 1 fast neuer Stadtwagen (35 Str.), 1 kl. Terrierwagen, 1 Paar gute englische Kutschschere, 1 kleines Arbeitsgeschirr.
 Otto Richter, Teilsstraße 7, Telefon 5257.
 Mittwoch: **Schlachtefest.** Marie Büttcher, Teilsstraße 2, 42
 Donnerstag: **Schlachtefest.** R. Jadamann, Teilsstraße 20, 57

Stadt-Theater
 in Halle.
 Direktion: Geh. Hofrat H. Richards.
 Mittwoch den 7. Mai 1913
 Abends 8 1/2 Uhr:
 225. Abonnement-Vorh. 1. Viertel. Benefiz für Regisseur Georg Thiess.
Mein Leopold.
 Volksstück mit Gesang und Tanz in 4 Akten von H. V. Arronge.
 Am 3. Akt: Kabarett.
 Kassenöffn. 7 1/2 Uhr, unt. 8 1/2 Uhr. Ende 10 1/2 Uhr.
 Donnerstag den 8. Mai 1913
 — Anfang 8 1/2 Uhr —
 224. Abonnement-Vorh. 4. Viertel.
Kusarensiefer.
 Lustspiel in 4 Akten von Gustav Kadelburg und Richard Schorronnek.
 Den verehrl. Abonnenten des 4. und 1. Viertels zur gefl. Kenntnisnahme, daß sich am Mittwoch und Donnerstag ein Umtausch als notwendig erweist. Am Mittwoch findet die 225. Vorstellung (1. Viertel) statt am Donnerstag die 224. (4. Viertel).

Garantiert reine gutschmeckende Molkerei-Butter
 919 Pfund nur
120 Pf.
F. H. Krause.
 Grosse Ulrichstrasse 44, Leipzigerstrasse 24, Alter Markt 13, Grosse Steinstrasse 39, Thomasstrasse 40, Steilweg 17, Bernburgerstrasse 16, Burgstrasse 4, Reilstrasse 111, Landsbergerstrasse 5, Jakobstrasse 88, Kerscheburgerstrasse 150, Grosse Klausstrasse 19, Goethestrasse 27, Alter Markt 16b, Wörmilsterstrasse 108.

Zum bevorstehenden Pfingst-Feste
 empfehlen wir unsere grosse Auswahl in farbigen Herren-, Damen- und Kinderstiefeln und bitten bei eintretendem Bedarf um den Besuch unseres Lagers.
Braune Chevreau- und Box calf-Herren-Stiefel 12⁵⁰ Mk. genäht, hohelegante Ausführung
Braune Chevreau-Damenstiefel 10⁵⁰ Mk. genäht, hochfeine Ausführung, chice Fassons
Braune Damenstiefel 7⁵⁰ Mk. dauerhaft und elegant
Braune Damen-Promenaden-Halbschuhe 6⁷⁵ Mk. in hoheleganter Ausführung, neueste Formen
Eigene Fabrik-Niederlage der Calauer Schuhwarenfabrik Rob. Schlesier.
Bitterfelder Schuhwarenhaus Bitterfeld Burgstrasse 48.

Die Mode von heute!
Damen - Promenaden - Lack - Halbschuhe
 mit farbigen Einsätzen.
 Schnür-, Knopf- u. Seltenschür-Schuhe, streng moderner Formes.
 Mk. 9⁵⁰ Mk. 10⁵⁰ Mk. 12⁵⁰
Braune Kinder-Stiefel
 in allen Ausführungen und Preislagen.

Verbandstag der Fleischer.

Am 27. April begann im Dresdner Volksbause der Zentralverband der Fleischer und vermandten...

- 1. infolge der Fleischerzeitung die Fleischermeister und...
2. laufende Fleischermeister ihre selbständige Existenz...
3. um an denselben zu sparen die Lehrlingszuchterei...
4. die Gelegenheit, sich eine selbständige Existenz...

Der gedruckte Geschäftsbericht, aus dem wir bereits das Besondere im Vorbericht beachten, wurde von Henschel...

Zur Frage der Gründung von Produktivitätsgesellschaften, über die mit der Bahnhofs-Samburg...

Zum Kaiserbericht sprach Krause. Wir berichteten auch im Vorbericht bereits über Einmahnen und Ausgaben...

Die Debatte über diese Berichte war ausgedehnt und gründlich, sie erzielte sich auf die Gründung der Hamburger...

Das Radorgan soll allwöchentlich achtseitig erscheinen. Im nächsten Monatsberichtsorganen ein gebundener Jahrgang...

Ueber das Gegenstandsverhältnis mit den ausländischen Bruderorganisationen referierte Strauß-Berlin...

Sprechender Henschel referierte über die Tarifbewegung in den Genossenschaftsgesellschaften...

Die Beratung der Statuten ergab eine Neuregelung der Arbeitslosenunterstützung...

Uls neue Hauptversammlung gelangt die Streikunterstützung zur Einführung. Beim Todesfall eines Mitgliedes...

Ebenfalls wurde eine Umzugsunterstützung zur Einführung bei einer Entfernung von 25 Kilometern...

Die Gehaltsregulierung wurde wie folgt geregelt: Das Grundgehalt aller Beamten beträgt nach den Beschlüssen...

Ueber die gelbe meisteuerne Stellenbenennung sprach Bergmann-Berlin. In seinem instruktiven Referat sprach er aus...

Aus der Provinz.

Wahlkreis Wittenberg-Schweinitz.

Der diesjährige Kreisstag findet am Sonntag, den 8. Juni, vormittags 9 Uhr, in Wittenberg im Freudenbergischen Lokale statt.

Einträge sind bis zum 30. Mai beim Vertrauensmann einzureichen. Die Tagesordnung und die Anträge werden noch bekannt gegeben.

Die Kreisleitung. 3. A. Hermann Richter.

Zum Jugendtag in Eilenburg.

Ueber den großen Wert und die hohe Bedeutung der Jugendtage herrschen, wie wir verschiedenes an der Bezirksleitung der Jugendauschüsse gerichtet...

Und noch einige Worte über die Unterkunft beim diesjährigen Jugendtag in Eilenburg. Es ist unsern dortigen Jugendfreunden gelungen, in ausreichendem Maße Freiquartiere zu beschaffen...

Werbung. Landrat v. Hausenballe gestorben.

Der Landrat v. Hausenballe, der am 27. März im Alter von 71 Jahren gestorben ist, war ein Mann von großem Verstand und hoher Charakterkraft...

Die Einigung komplex. Die anderthalb Tausend Nationalliberalen in unserem Wahlkreis haben als Kandidaten für die bevorstehende Landtagswahl...

Straße 61 (Stadt Berlin) befindliche Arbeitersekretariat aufmerksam gemacht. Dort wird unentgeltlich an jedermann Auskunft in allen Rechtsfragen erteilt.

Ein Fall bei der Arbeit. Am Montag ereignete sich ein Arbeitsunfall an einem bedauerlicher Unglücksfall. Der 56 Jahre alte Arbeiter Gottschalk aus Heiditz war mit anderen Arbeitern mit Erdbeugungsarbeiten beschäftigt.

Beitrag. Zur Landtagswahl. Wie aus einer Bescheinigung des Magistrats hervorgeht, liegen die Abstimmungslisten zu dem am 16. Mai stattfindenden Landtagswahl nur noch morgen, Dienstag, den 7. Mai, im Einwohnerelementar...

- 1. Bezirk: Mühlstraße. 2. Bezirk: Mühlstraße. 3. Bezirk: Mühlstraße. 4. Bezirk: Mühlstraße. 5. Bezirk: Mühlstraße. 6. Bezirk: Mühlstraße. 7. Bezirk: Mühlstraße. 8. Bezirk: Mühlstraße. 9. Bezirk: Mühlstraße. 10. Bezirk: Mühlstraße.

Wahlen. Die Wahlmänner-Wahlen finden am Freitag, den 16. Mai, vormittags 10 Uhr in folgenden Lokalen statt: 1. Bezirk: Hausnummern 1-149...

Arbeitslos. Die Arbeitslosenunterstützung wird in diesem Monat auf 150 Mark erhöht. Die Arbeitslosenunterstützung wird in diesem Monat auf 150 Mark erhöht.

Wahlkreis. Der Wahlkreis Wittenberg-Schweinitz wird in diesem Jahr neu abgegrenzt. Die Wahlkreis Wittenberg-Schweinitz wird in diesem Jahr neu abgegrenzt.

Wahlkreis. Der Wahlkreis Wittenberg-Schweinitz wird in diesem Jahr neu abgegrenzt. Die Wahlkreis Wittenberg-Schweinitz wird in diesem Jahr neu abgegrenzt.

Wahlkreis. Der Wahlkreis Wittenberg-Schweinitz wird in diesem Jahr neu abgegrenzt. Die Wahlkreis Wittenberg-Schweinitz wird in diesem Jahr neu abgegrenzt.

Wahlkreis. Der Wahlkreis Wittenberg-Schweinitz wird in diesem Jahr neu abgegrenzt. Die Wahlkreis Wittenberg-Schweinitz wird in diesem Jahr neu abgegrenzt.

Wahlkreis. Der Wahlkreis Wittenberg-Schweinitz wird in diesem Jahr neu abgegrenzt. Die Wahlkreis Wittenberg-Schweinitz wird in diesem Jahr neu abgegrenzt.

Wahlkreis. Der Wahlkreis Wittenberg-Schweinitz wird in diesem Jahr neu abgegrenzt. Die Wahlkreis Wittenberg-Schweinitz wird in diesem Jahr neu abgegrenzt.



und konnte nicht gerettet werden. Das das 10jährige Mädchen in den Tod getrieben hat, steht noch nicht fest.

Liebenwerda. A. B. in der Sanbgrube. Am Sonntag nachmittag fand hier in einer von der Partei gepachteten Sanbgrube in der Nähe von Liebenwerda eine öffentliche Landtagswählerversammlung statt. Circa 200 Personen folgten aufmerksam den Ausführungen des Genossen Gruppe-Beißig, der in klaren, treffenden Worten die Kriegstreiber der Arbeiterbewegung und die Junkerpolitik in Preußen brandmarkte. Den Höhepunkt erreichte die Versammlung, als Genosse Menzel-Bitterfeld, der zufällig Liebenwerda berührte, das Wort ergriß und in wuchtigen Worten das ganze uralte System angriff. Beide Redner ermahnten die Anwesenden, zur bevorstehenden Landtagswahl mit den Junberherrlichkeiten anzukämpfen und für die Sozialdemokratie einzutreten. — Die hiesige Arbeiterkassette hat alle Hoffnungen auf bessere Verhältnisse zu setzen, um nicht außerhalb der Stadt in einer Sanbgrube sich belagern zu müssen. Die Versammlung wurde aufgeführt, sich der Partei anzuschließen und das Volkswort zu lesen. Arbeiter, beteiligt auch an der Landtagswahl!

Gittersee. In der Landtagswählerversammlung, die am Sonntag hier stattfand, hielt der Genosse Menzel-Bitterfeld ein großartiges Wort, um nicht außerhalb der Stadt in einer Sanbgrube sich belagern zu müssen. Die Versammlung wurde aufgeführt, sich der Partei anzuschließen und das Volkswort zu lesen. Arbeiter, beteiligt auch an der Landtagswahl!

Halle und Saalkreis.

Halle (Saale), den 6. Mai 1913.

(Fortsetzung aus der 1. Beilage.)

Sublämmsfeier der Arbeiterbewegung.

Am 28. Mai 1883 wurde der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein gegründet. Wir hatten von diesem Tage an den Beginn unserer modernen deutschen Arbeiterbewegung. Der Jubiläumstag in Halle wird diesen Jubiläumstag ebenfalls durch eine Jubiläumssfeier begehen, die am Dienstag, den 27. Mai, im großen Saale des Volksparks stattfindet. Sie wird bestehen in der Festrede eines ganz besonders hierfür geeigneten Genossen eines Konsortiums. Alle Arbeiterorganisationen werden gebeten, den 27. Mai von anderen Veranstaltungen frei zu halten.

Die Sperrre verhängt

hat der Deutsche Bauarbeiterverband, Zweigverein Halle (Saale), über den Neubau des Herrn Franz Nahl in Brundorf. Der Unternehmer schuld 4 Maurern und 3 Bauhilfsarbeitern 33,13 Mark rückständigen Lohn. Alle Verluste, das Geld zu erlangen, sind bis jetzt ergebnislos verlaufen. Es wird jeder Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter hader gemacht, dort Arbeit zu nehmen. Deutscher Bauarbeiterverband, Halle (Saale). Der Zweigvereins-Vorstand.

Stadtkasse. Heute abend zum letzten Male der Erbhöfner. Klaffere-Vorstellung mit Scherzstücken an der Tages- und Abendkasse. Mittwoch wird zum Benefiz für den Charakterkomiker und Regisseur Herrn Georg Thies, der seit mehreren Jahren eines der beliebtesten Mitglieder des Schauspielers und Operettenspieler ist. Mein Verlobt, geben, der mühselige Tag des alten guten Hoftheaters. Mein Verlobt ist ein einziger Scherz in Halle nicht zur Aufführung gelangt und dürfte ficher dem Benefizianten, der die Rolle des Scherzes Weigel spielt, ein volles Haus bringen. Freitag zum Gedächtnis an Schillers Todestag: Kabale und Liebe. Voranzeige: Dienstag, den 13. Mai, Gastspiel der Volksschauspielerinnen Maria Scholms, Genoveva von Sebel.

Wirtschaft. Geschäftliche Situation. Ein Arbeiter, der gestern mittag ohne Geheuer auf einem Mast der elektrischen Ueberlandleitung arbeitete, rutschte infolge der Nässe plötzlich ab. Er griff in seiner Angst nach dem Leitungsdrabt, durch den der Stromstrom geht. Zwei Gutsbesitzer eilten sofort mit ihren Kutschen und einigen Leitern herbei und lösten den Arbeiter von dem Draht los. Erst nach einigen Stunden der Erholung konnte der Verunglückte, der schwere Brandwunden an den Händen hatte, sich nach Hause begeben.

Strafen. Eine rechtspreidige Fändung. Der 60jährige Kaufmann Hermann Krause war vom hiesigen Schöffengericht

wegen verurteilt Betrugtes an der erdhischen Strafe von fünf Monaten Gefängnis verurteilt worden. Gegen dieses Urteil hatte er bei der Strafkammer Halle mit Erfolg Berufung eingelegt. Er hatte im Frühjahre 1912 für eine Witwe Arbeiten zu verrichten zu können, übergab ihm seine Auftraggeberin ein Schein im Werte von 100 Mk. Als er das Tier schlachten lassen wollte, ließ es der Magistrat wegen angeblicher rüchziger Gebäudenheiten in Höhe von 35 Mk. pfänden. Um nun die Fändung abzumachen, er möge dem Magistrat mitteilen, daß er das Schwein gekauft habe. Diese Intervention, die unbegründet war, mißlang und Magistrat sowie Gericht erließen darin den verurteilten Betrag. Das Schwein wurde vertrieben, der Magistrat zog die geforderten 35 Mk. ein und zahlte 10 den Rest des Geldes von dem Erlös des Schweines zurück.

Die Berufungsinstanz stellte aber fest, daß die Fändung unbedeutend war. Die Gebäudenheiten schwebte nämlich nicht der Anklage, sondern seine Frau dem Magistrat. Er lebt seit seiner Verheiratung, dem Jahre 1908, mit seiner Gattin in Gittersee. Der Pfänder hätte sich direkt an die Besitzerin des Schweines wenden müssen und A hätte es gar nicht nötig gehabt, das Schwein durch den Landwirt intervenieren zu lassen. Bei richtiger Prüfung des Sachverhaltes hätte der Magistrat einsehen müssen, daß ihm ein Fändungsbetrag nicht zustand und die beschuldigte Vermögensschädigung fehlte. Er war für die Ersetzung nicht haftbar. Die Strafkammer hat daher das erstinstanzliche Urteil auf und sprach den Angeklagten frei!

Urteil.

Stürme an der Ruchschiffe.

In der ganzen Ostküste von Schleswig-Holstein herrschte Montag starker Südoststurm. Überall trat Hochwasser ein. Im Rielers Hafen stieg das Wasser um 1 1/2 Meter über die normale Höhe. Durch die Gewalt des Sturmes wurde in der Gedenfordeer Bucht ein früheres Panzergeschiff der Marine, das jetzt als Fischlied für Schiffsperjuden dient, von seiner Verankerung losgerissen und auf den Strand getrieben.

Hamburg, 6. Mai. Der in der letzten Nacht wehende stürmische Nordostwind hat noch ein schweres Schiffsunglück verurteilt. Bei dem sieben Menschenleben zugrunde gegangen sind. Nach der glücklichen Verungung des einen Teiles des gesunkenen Loxpedobotes E. 178 war der Nordische Bergungsberein in der letzten Nacht mit den Geseprägenen Untersuchungsbeamten und Geseprägenen damit beschäftigt, auch das andere Teil des Wacks zu heben. Montag nachmittag gegen 8 Uhr, als das Wetter noch stürmischer geworden war, sank plötzlich der eine der Bräume und zwar Oberseite. Dem in der Nähe weilenden Schlepper Reiter gelang es, elf Personen zu retten. Ein Loxpedobot ist zur Stillfetzung abgegangen.

Ein schweres Bootunglück.

hat auf dem Ammersee bei Verhinderung sechs Menschenleben gefordert. Sechs Personen, die auf einem Schloßgut in Nied angeheilt waren, und zwar drei Männer und drei Mädchen, unternahm abends eine Bootsfahrt. Hierbei wurden vier von einem schweren Gemitte Sturm überfallen, und das Boot sank um. Alle sechs Personen ertranken. Die Leichen der Ertrunkenen konnten noch nicht geborgen werden.

Strenge Städte.

Das ganze Geschichtsbüchel der Stadt Northcity am Kap Verden ist bis auf vier Häuser durch Feuer zerstört. Der Schaden wird auf 200.000 Dollar geschätzt. Eine Frau ist ums Leben gekommen.

In Hokabate in Nordjapan ist ein großes Feuer ausgebrochen. Ueber 2000 Holzhäuser sind niedergebrannt und zahlreiche Personen wurden verletzt.

Verheirateten.

Der Oberste Gerichtshof im Staate New York hat, wie die Daily Mail meldet, die Zulässigkeit der sogenannten Probeheirat anerkannt. Ein junges Mädchen von 17 Jahren war mit einem Schumann der New Yorker Polizei verheiratet worden. Sie verlangte jetzt die Scheidung, weil ihr, wie sie

sich ausdrückte, die Probe nicht zugefagt habe. Das Gericht hat zu ihren Günstigen entschieden und die Ehe gelöst.

Eine Schloßprobe. Ein, die nicht zugefagt, ist wirklich das allermodernste. Wenn die Schöne schon in der Hühnerhoden des Eheglaubigen überbrügend wird, dann ist es natürlich rascher, unbemannt zu bleiben.

Legte Nachrichten.

Kein badischer Großblod etc. B.?

Manheim, 6. Mai. Heber die bei den kommenden Landtagswahlen einzuführende Kartell verpflichten die nationale liberale Partei und die Fortschrittliche Volkspartei folgende Erklärung:

Zwischen der nationalliberalen und der Fortschrittlichen Volkspartei in Baden ist für die kommenden Landtagswahlen ein Wahlbündnis für sämtliche Wahlkreise mit Ausnahme der Stadt Mannheim getroffen worden. Darin wird die gegenseitige Unterstützung der aufzustellenden Kandidaten zugesichert. Damit ist ein weiterer Schritt getan, eine historische Mehrheit zu verbinden und den Liberalismus den ihm zukommenden Einfluß in der Volkswirtschaft zu wahren. Der Gedanke eines Großblodabkommens im ersten Wahlgang hat leider fallen gelassen werden müssen, moran, allerdings die Fortschrittliche Volkspartei nicht schuld ist.

Die Meldung scheint anzudeuten, daß die National-Liberalen nicht wollten. Es wäre aber viel erfreulicher, wenn gemeldet werden könnte, daß es die Sozialdemokratie abgelehnt habe, sich im ersten Wahlgang an die Nationalliberalen zu verheiraten. (Siehe auch Parteinarichten.)

Der Rechtskreis-Paragraf vom Reichsgericht für „Recht“ erklärt.

Leipzig, 6. Mai. In dem Prozeß gegen die beiden Landtagsabgeordneten Nordgard und Heinert wurde heute mittag das Urteil verhängt. Der höchste Gerichtshof erkannte auf Erziehung der von den beiden „Angeklagten“ gegen das Urteil des Berliner Landgerichts eingelegten Revision.

Jur. Berner Verbandskongressen.

Bern, 6. Mai. Das schweizerische Organisations-Komitee der deutsch-französischen Verbandskongressen setzte den Beginn der Verhandlungen, zu denen bis jetzt 130 Abgeordnete beider Länder (Deutschland und Frankreich) sich angemeldet haben, definitiv auf Montag, vormittags 10 Uhr, fest. Die Plenarsitzungen sind öffentlich. Zur Eröffnungsfeier werden alle Mitglieder des schweizerischen Nationalrates, sowie die Berner Regierung geladen.

Jur. albanischen Frage.

Belgrad, 6. Mai. Der Belter Lloyd meldet aus Wien: Das albanische Programm bezieht die Schaffung Albanens als eines selbständigen Lebensfähigen Staates. Zunächst liegt es den Großmächten ab, die Abgrenzung Albanens fertigzustellen. Die nächstbeteiligten beiden Mächte Oesterreich und Italien haben ein unmittelbares Interesse daran, daß dieses Programm tatsächlich ausgeführt werde. Von einer Aufstellung Albanens aber auch nur von einer Aufteilung der Interessensphären ist absolut nicht die Rede.

Die Auktion China's verbindert?

Peking, 6. Mai. In der gestrigen Sitzung des Repräsentanten-Kongresses stimmten von 374 anwesenden Abgeordneten 222 gegen die Räumrechte-Auktionen.

Oberst des Reichs.

Paris, 6. Mai. Während eines Manövers des 2. Genie-regiments führten ein Leutnant und ein Soldat ab. Der Offizier blieb auf der Stelle tot. Der Soldat wurde so schwer verletzt, daß er bald darauf starb.

Oberst des Reichs.

Lissabon, 6. Mai. Beim Kap Bombego ist ein Fischerboot mit 20 Mann untergegangen.

Wissen Sie?
Das richtige Spezial-Geschäft für wenig getragene Monats-Garderoben befindet sich nur Gr. Ulrichstr. 59

1 Treppe, kein Laden, neben Warenhaus Nussbaum.

Dasselbst finden Sie zu **spottbilligen Preisen** Retawoll, Jackett-, Rock- und Gehrock-Anzüge, Falten, Urtier, gereinigt und tadelloß hergerichtet, zu 6, 8, 10 Mk., besonders gute 12, 15, 18 Mk., ganz feine 21, 24, 27 Mk. Verkauf und Verleihung von feinen Frack- und Gesellschafts-Anzügen.

Herrn, denen ihre Garderobe zu eng oder zu weit geworden ist, wird solche unter günstigsten Bedingungen umgetauscht.

Spezial-Etagen-Geschäft in wenig getragener Maß-Garderobe am Platze 999

Achtung! Dieses Inserat des Volksblattes wird beim Einkauf von 20 Mk. an mit 10% Rabatt in Zahlung genommen.

Fabrik mit Freistell., gut erhalten, zu verkaufen 460 Endowell, Hauptstraße 3.

Rheinperle

Waren Sie einmal mit Margarine unzufrieden? Wenn ja, so lag dies nur an der falschen Marke nach. Sie haben eben keine Rheinperle probiert!

Rheinperle -Margarine-
der-millionenmal-erprobte, unbestritten beste Markereibutter-Ersatz

enttäuscht nie!

Wer Rheinperle einmal probiert, bleibt ihr treuester Verbraucher.

Ganz frisch vom Block
Überall erhältlich

der **Naturbutter** gleich

SOLO

Jureg & Prunze G. m. b. H. (Halle) Fabrikanten der altherrlichen Margarine

Zu Pfingsten!

Auf Abzahlung

Möbel, Betten Anzüge, Plüschsofas Kinderwagen, sowie Kleiderstoffe Teppiche, Gardinen

V. Teicher

Grosse Steinstrasse 82 1/2 nahe Kaufhaus Haub & Co.

Kleine Anzahlung.

Zur Erinnerung an den 50 jähr. Gründungstag (23. Mai 1863) der deutschen Sozialdemokratie

ist ein in 6 Farben ausgeführtes **Wortblatt** erschienen. Größe: 36 cm breit, 49 cm hoch. Eine Herde für jedes Vereinslokal und Arbeiterernennung. Preis 60 Pf., durch die Post 80 Pf.

Zu beziehen durch alle Expedienten und die **Volks-Buchhandlung Halle (S.),** Satz 42/43.

Böttcher-Waren dauerhaft u. billig. P. Worchsch, Kleine Ulrichstraße 1/2, Buchhändlerstr. 5, 83, 84, Halle a. S.

Hamsterfelle kaufen Gebr. Danglowitz, Hühnerstr. 2.